

Bezugspreis:
Stückpreis 5,40 M., monatlich 1,80 M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Einzeln:
Kassenschein 10 Pfennig.
Postzeitung:
Monatlich vom Posthalter abzugeben
1,80 M., vom Briefträger ins Haus ge-
bracht 1,94 M.
Unter Abrechnung für
Postzeitung und Zeitungsbücherei
4.— M. für das Abonnement
5,50 M. monatlich.
Verlangt nach Feld-
beständen.
Bestellungen nehmen an:
Dane-
mark, Johann, Bremerweg, Schwaben-
und 1. Gasse, Bremerweg in die
Post-Verwaltung-Bücherei.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonnabend, den 2. November 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schweres Ringen an Aisne und Schelde.

Ein Weltbund gegen den Bolschewismus?

Verhandlungen Krasnows mit der Entente und Deutschland.

Die Moskauer Regierung hat, wie wir hören, folgende Mitteilungen aus New erhalten, die sie für zuverlässig hält. Die sogenannte Krasnowsche Regierung hat in Vereinbarung mit der realistischen sogenannten Moskauer Regierung vor einiger Zeit geheime Verhandlungen mit den Vertretern der Entente eröffnet. Im Laufe dieser Verhandlungen teilte der englische Abgesandte Krasnow mit, daß in Übereinstimmung mit einem von den Ententemächten ausgearbeiteten Plane sämtliche Regierungen der Welt, die auf Gerechtigkeit und Ordnung bestehen, eine einzige

Koalition zum Kampfe gegen den Bolschewismus bilden sollen, und daß das Bestreben aller Mächte darauf gerichtet sein soll, die Gewalt der Bolschewisten in Zentralrussland niederzuwerfen und ein einiges Russland wiederherzustellen, in dem allgemeine Ordnung herrschen soll. In Verfolgung dieses Planes würden sämtliche Mächte den Angriff unterstützen, den die freiwilligen Armeen gemeinsam mit der Asiochauer Armee, mit der in der Ukraine gebildeten Eibarmee und der in Pskow in Bildung begriffenen Korzararmee gleichzeitig gegen Zentralrussland unternehmen werden. Auf Verlangen des englischen Abgesandten verleiht Krasnow eine an die deutsche Regierung gerichtete Denkschrift mit der Mitteilung darüber, daß auf Vorschlag Englands, Frankreichs und Amerikas sämtliche Regierungen sich zum Kampfe gegen das Sowjetrussland vereinigen sollen und daß auf dem allgemeinen Friedenskongreß das wiederhergestellte einige Russland vertreten sein soll, das sich von den Bolschewisten befreit hat. Eine jede Ententeregierung verpflichtet sich, monatlich bestimmte Summen zur Unterstützung Krasnows und der übrigen wehrfähigen Organisationen anzuschicken. Eine Bitte, um ebensolche finanzielle Unterstützung ist in der Denkschrift Krasnows an die deutsche Regierung enthalten.

Dazu möchten wir fürs erste bemerken, daß die Sozialisten aller Länder, wie immer sie zum Bolschewismus stehen, eine bewaffnete Intervention in Russland ablehnen. Eine internationale Sozialistenkonferenz dürfte nahezu restlos Übereinstimmung in diesem Punkte ergeben, der allein schon den beschleunigten Zusammentritt einer solchen Konferenz rechtfertigen würde.

Zur Kaiserfrage.

Die „Voss. Zig.“ berichtet gestern morgen, Genosse Scheidemann habe an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, in der die Notwendigkeit dargelegt wurde, daß der Kaiser zurücktrete. Das „Berliner Tageblatt“ meint, es habe sich nicht um eine eigentliche Denkschrift, sondern um einen Brief des Genossen Scheidemann an den Reichskanzler gehandelt. Es ist richtig, daß von Genossen Scheidemann ein derartiger Schritt unternommen wurde. Wir können hinzufügen, daß er im Einvernehmen mit den Vorständen der Partei und der Reichstagsfraktion erfolgt ist.

Der Waffenstillstand mit der Türkei.

Die Öffnung der Dardanellen.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Meldung der Agence Havas erklärte Marineminister Lehgues in der Kammer, daß der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand vor allem freie Durchfahrt der alliierten Flotten zum Schwarzen Meer, Befestigung der Dardanellen sowie denjenigen am Bosporus, sowie die Rückführung der alliierten Kriegsgefangenen in ihre Heimat sei. Der Waffenstillstand ist am Donnerstag mittig in Kraft getreten.

London, 31. Oktober. „Evening News“ erfährt, daß die Dardanellen für die britische Flotte geöffnet werden sollen und daß man jeden Augenblick die Nachricht von der Befestigung Konstantinopels durch britische Marinekräfte erwarten kann. So verlautet, daß die ausführlichen Bedingungen für die Übergabe der Türkei heute im Parlament mitgeteilt werden sollen.

Die Pariser Verhandlungen.

Die alliierten Generäle haben nach einer Meldung der „Times“ dem Marschall Koch offiziell die Führung und den Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen übertragen.

Große Angriffe in Flandern — Kampf um die Lys-Brückenköpfe — Zwischen Deinge und Schelde eingedrungener Gegner zurückgeworfen und abgewehrt — Starke Angriffe nordwestlich Serpy gescheitert — Belgrad und Semendria geräumt.

Berlin, amtl. 1. November 1918, abends.

An der Lys-Front nördlich Deinge ist die Lage unverändert. Südlich Deinge haben wir uns weiteren Angriffen durch Ausweichen auf die Schelde entzogen. Südlich Valenciennes kamen englische Angriffe an erfolgreichen Gegenangriffen zum Stehen.

Gewaltiges Ringen an der Aisne-Front und zwischen den Argonnen und Maas. Die Angriffe der Franzosen auf den Aisne-Höhen nordwestlich Chateau Porcien und beiderseits Bouziers sind bis auf brisante Einbruchstellen gescheitert. Die Angriffe der Amerikaner wurden in Linie Champigneulle-Bayonville-Aincreville aufgefangen.

Amtl. Großes Hauptquartier, 1. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine großen Angriffe wieder aufgenommen. Zwischen holländischer Grenze und Deinge stehen Belgier und Franzosen gegen die Lys-Front, in besonderer Weise unsere Brückenkopfschützen auf dem Wehner des Flusses vor. Beiderseits von Sommergem nahmen wir die verübend verlorren gegangenen Brückenköpfe im Gegenangriff wieder. An der übrigen Front wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 57 und 79 griffen sich bei diesen Kämpfen besonders aus. Den Hauptangriff führten Engländer und Franzosen zwischen Deinge und der Schelde. Südlich von Deinge, bei Bulte und Ansehlem drang der Gegner in unsere Linien ein. Südlich von Deinge waren Bataillone der 2. Garde-Infanterie-Division im Verein mit dem Pflüger-Regiment Nr. 86 den über die Straße Deinge-Kruishoutem vorstößenden Gegner wieder zurück. Beiderseits von Kruishoutem brachten räumliche Kampfschuppen den Feind vor unserer Artillerie zum Stehen. Die nördlich der Polin Korridor-Dünebaarde kämpfenden Truppen, die den Feind vor ihren Linien abwehrten, wurden im Laufe des Tages zur Wahrung des Anschlusses an ihre Kameraden auf die Höhen beiderseits Kofere zurückgenommen. Die Kämpfe lauden am Abend ihren Abschluß westlich der Straße Deinge-Kruishoutem und auf den Höhen in Linie Kofere-Kerkhove, somit 1-3 Kilometer südlich unserer alten vorderen Positionen.

In der Schelde-Niederung bewert die Verstärkung der Ortsschaften durch den Gegner an. Die Städte Tournai, Valenciennes und Peruwelz lagen unter englischem Feuer. Beiderseits von Le Cuesnoy und Landrecies reze Artillerie- und Erkundungstätigkeit.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf den Höhen nördlich von Chateau Porcien nahm der Artilleriekampf gewaltige Stärke an. Mit frischen Kräften setzte der Feind seine starken Angriffe nordwestlich von Serpy fort. Sie sind wiederum unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert. Das Mecklenburgische Grenadier-Regiment Nr. 89, das Hanseatische Infanterie-Regiment Nr. 75, die Regimenter 220 und 231 der 50. Reserve-Division trugen die Hauptlast des Kampfes und wehrten, von ihrer Artillerie wirksam unterstützt, die feindlichen Angriffe restlos ab. Das Garde-Motoren-Regiment und die Infanterie-Regimenter Nr. 8 und 11 haben sich in den letzten Tagen hier wiederum besonders bewährt.

Deeresgruppe Gallwitz.

Auf dem Oker der Maas tagelange lebhaft Artillerietätigkeit.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Die deutschen Truppen wurden auf das nördliche Donauufer beiderseits von Belgrad und Semendria zurückgenommen. Der Übergang über die Donau ging ohne Störung durch den Gegner voran.

Der Erste Generalquartiermeister. Groener.

Münchungsbeziehung in Venetien und Serbien.

Wien, 1. November. Amtl. wird verlautet:

In Venetien wird die Münchungsbeziehung fortgesetzt. Im Südosten haben unsere Hauptkräfte das nördliche Donauufer erreicht. Der Chef des Generalstabes.

Wie wir hören, sind die in österreichischen Häfen liegenden deutschen U-Boote durch die Auslösung der österreichischen Flotte nicht berührt worden.

Der Frieden und die Internationale.

Von Philipp Scheidemann.

In neutralen Ländern und in Ententestaaten ist der Versuch, eine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen, wieder in Gang geraten. Wir deutschen Sozialdemokraten haben ihm gegenüber aus nachstehenden Gründen bisher eine gewisse Zurückhaltung geübt. In den Zeiten der deutschen Erfolge waren wir es, die, leider vergeblich, unsere Hände den Gesinnungsgenossen jenseits der Schützengräben immer wieder entgegenstreckten, waren wir es, die in Amsterdam, in Stockholm, in Bern auf andere warteten, die nicht kommen wollten oder nicht kommen konnten. Heute liegt es bei diesen andern, den ersten Schritt zu tun. Doch er, soweit es auf uns ankommt, nicht vergeblich sein wird, braucht kaum noch gesagt zu werden. In jeder Minute dieses Krieges, bei jedem Stande der Kriegslage, waren wir bereit, die zerrissenen Bande der internationalen Gemeinshaft wieder anzuknüpfen. Selbstverständlich sind wir auch jetzt dazu bereit.

Die ausländischen Genossen werden heute vielleicht über das, was sie für unsere Fehler und Sünden hielten, etwas ruhiger denken als früher, und sie werden nicht glauben, daß wir kommen wollten, um uns auf das Ansehensbüchsen zu legen. Sie waren, wenigstens zum Teil, früher allzu sehr davon überzeugt, daß die Entente nichts anderes wolle, als einen Sieg der reinen Gerechtigkeit. Daß wir als internationale Sozialisten ihr dabei in keiner Weise, weder direkt noch indirekt helfen wollten, das verstanden sie nicht, ja es erfüllte sie mit Entrüstung. Wir aber glauben heute sogar zu dürfen, daß wir die in unserem Lande bestehende Gefahr immer richtig erkannt haben. Daß wir ihr noch besten Kräften bezeugt sind, daß uns heute niemand den Vorwurf machen kann, wir hätten durch unsere Haltung ein über unser Volk hereinbrochendes Unglück verschuldet, das macht uns selbst in trüben Stunden froh. Wie bravere wäre es doch für die alten Nachbarn gewesen, wenn sie hätten sagen können: „Nicht wir waren es, die Euch Deutsche diese Lage gebracht haben, sondern es waren die Sozialdemokraten, haltet Euch an die!“ Dieß Spiel haben wir durchkreuzt, und wir stehen mit gutem Gewissen vor unserem Volk.

Daß sich mitunter einzelne Partikel der sozialistischen Bewegung von der chauvinistischen Strömung ein Stück mittragen ließen, daß im einzelnen und von einzelnen Fehler begangen wurden, wer wollte es leugnen? Aber welche Sektion der Internationale könnte sich rühmen, von solchen Fehlern ganz frei geblieben zu sein?

Wir deutschen Sozialdemokraten waren auch nicht mit allen Punkten des Wilson-Programms und des Londoner Memorandums von vornherein einverstanden. Wir wollten unser Land äußerlich unbedingert durch den Krieg bringen, innerlich es aber so verändern, daß besonderen Volkstümern und abgetrennten Nationalitäten-Blöcken in einem demokratisch entwickelten Deutschland jede auch nur denkbare Freiheit gegeben werden wäre. So kämpften wir schon vor dem Kriege und während des Krieges für die Autonomie Elb-Lithingens, gegen jede Unterdrückung der Polen und Dänen.

Nachdem das Schicksal anders entschieden hat, sind wir jetzt mit der Selbstbestimmung unserer Landvölker, die durch ein Referendum ausgeübt werden soll, einverstanden. Wir bitten aber um etwas Verständnis dafür, daß wir gegen diese Art von Selbstbestimmung unsere Bedenken hatten. Sie widersprechen in keiner Weise den Grundgesetzen der Demokratie. Nur zu oft haben wir gesehen, daß für die Imperialisten jenseits und diesseits das Selbstbestimmungsrecht das brunnende Mäntelchen war, in dem sie ihre annexionistischen Wünsche nur solange verbüßten, als sie es zu brauchen glaubten. Jetzt wollen die Polen Westpreußen mit Danzig, die Litauer Deutsch-Polen, ohne sich im mindesten um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu kümmern. Jetzt soll das geschichtlich Gewesene die Zukunft von morgen sein, sollen die historischen Grenzen gelten, wird die Pflicht der nationalen Minderheiten, sich in ein Ganzes einzuordnen, von Politikern verfochten, die sich selbst gegen sie bisher auf das bestmögliche gestraubt hatten!

Niemand wird sich der Tatsache verschließen können, daß das Referendum noch einem Kriege doch nur ein Rathschelf ist, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker sicherzustellen. In einer Zeit wilder Erregung, unter dem Eindruck augenblicklicher Machtverhältnisse müssen Bevölkerungen eine Entscheidung treffen, die nicht nur das lebende Ge-

schlecht, sondern auch die Kommen den bindet: Die lebende Generation hebt damit das Selbstbestimmungsrecht der späteren auf. Vielleicht war also die Lösung, die wir deutschen Sozialdemokraten in der Zeit des deutschen Waffensieges vorschlugen, die Grenzen unverändert zu lassen, aber in jedem Lande für volle Freiheit zu sorgen, nicht weniger demokratisch, als die jetzt siegreich verblichene. Aber daß der ruhm und gewalttätigen Besitzergreifung die Formen des Selbstbestimmungsrechts durch einmaligen Volksspruch bei weitem vorgezogen sind, darüber kann unter Sozialisten kein Streit sein.

Durch das Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie zu dem Programm Wilsons sind die letzten sachlichen Gegensätze zwischen den verschiedenen Sektionen der Internationale weggeräumt, und niemand kann mehr sagen, daß sachlich ihrem Zusammentritt noch etwas im Wege stehe.

Wir würden auf diese Konferenz kommen als Bürger eines Staates, der sich an modernen Verfassungseinrichtungen mit andern messen kann. Wir haben jetzt erreicht, wofür wir jahrzehntelang kämpften: Das gleiche Wahlrecht in Preußen, das parlamentarische Regierungssystem, die Unterstellung der Militärgewalt unter die verantwortliche Zivilgewalt, das Recht der Volkvertretung, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Auch dies hätten wir früher erreicht durch den bloßen Druck von innen, ohne den Druck von außen, — daß es anders kam, ändert nichts an dem Ergebnis. Auch die Franzosen sind 1870 nicht ganz aus eigener Kraft ihren autoritären Militarismus los geworden, jetzt rebondieren sie sich! Drüben hat es sich damals um einen Emporkömmling gehandelt, hier handelt es sich um eine seit Jahrhunderten eingewurzelte Dynastie, womit gewisse Unterschiede der früheren Form hinreichend erklärt sind. Aber diese Formunterschiede ändern nichts an Kern und Wesen.

Deutschland ist heute eine bürgerliche Demokratie mit einer kapitalistischen Wirtschaftsverfassung und einer starken sozialistischen Strömung, wie England oder Frankreich — was trennt noch uns Sozialisten von hüben und drüben? Na, was trennt uns noch, wenn nicht das chauvinistische Herrbild, das die bürgerliche Presse von unserer Tätigkeit entworfen hat, und der Imperialismus, der in der Wiederherstellung der roten Internationale mit Recht eine Gefahr für seine uferlosen Pläne wittert?

Wir deutschen Sozialdemokraten verfolgen die Versuche der ausländischen Genossen, eine internationale Konferenz zustande zu bringen, mit größter Spannung. Wir wissen, daß an ihrem Gelingen oder Mißlingen vielleicht das ganze Schicksal der Welt hängen kann. Denn wenn dieser Krieg statt mit einem Siege der demokratischen Gerechtigkeit mit einem Siege des Imperialismus abschließt, dann ist ein neuer Weltkrieg, der die Schrecken des letzten verzechnacht wiederbringt, gewiß. Keine Hesse kann so fest geschmiedet werden, daß sie nicht schließlich bricht.

Wir sind bereit, der Sache des Völkerbundes und des dauernden Rechtsfriedens mit allen Kräften hingebender Verehrung zu dienen. Wenn unser Volk einen gerechten Frieden erhält, werden wir auch die Macht behalten und erwerben, hier in Deutschland für die Sache der ganzen Menschheit als Friedensfreunde und internationale Sozialisten auf der Macht zu stehen. Steht aber der Imperialismus, dann ist der deutschen Friedenspartei und allen Friedensparteien überall das Militär gebrochen, und statt neu aufzubauen, wird die Welt früher oder später neuem Verderben preisgegeben.

Die Frage einer internationalen Konferenz.

Dem Vorbevorstand ist über Abhaltung einer internationalen sozialistischen Arbeiterkonferenz zurzeit noch nichts bekannt. Er wäre selbstverständlich, wie stets seit Kriegsausbruch, bereit, daran teilzunehmen, hat aber noch keine Einladungen erhalten. Die dänischen, schwedischen und holländischen Genossen sind lebhaft um das Zustandekommen einer solchen Konferenz bemüht; es ist jedoch nicht erkennbar, welchen Erfolg ihre Schritte in England und Frankreich gehabt haben. In der französischen Presse war davon die Rede, daß Bauderbolle, Thomas und Compers einen Weltarbeiterkongress einberufen wollen, sobald der Waffenstillstand abgeschlossen sei, aber auch diese Nachricht ist nicht verbürgt. Auch über eine Friedenskonferenz der Zimmerwalder liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor.

Branting hat der holländischen Delegation geantwortet, daß er bereit sei, an einer Besprechung teilzunehmen, sofern auch Guydman daran teilnehme.

Henderson und Guydman in England festgehalten.

Die Londoner „Times“ vom 26. Oktober berichtet: Herr Krüger Henderson und Herr Guydman reisten gestern von London nach Halle, um an einer Konferenz auf dem Kontinent teilzunehmen. Diese Reise wurde dem Seemannsverbande bekannt, worauf ein Angestellter des Verbandes sich ebenfalls nach Halle begab. Als Henderson und Guydman den Hafen erreichten, erklärte die Schiffbesatzung, daß sie ihre Arbeit einstellen würde, wenn jene Herren mitreißten. Die Besatzung hielt Wort, und Henderson und Guydman mußten unter größter Gefahr nach London zurückkehren.

Ein Postenbote brachte sodann Henderson auf und erzielte von ihm folgende Erklärung: „Die internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresse hätte einen Ausschuss geschaffen, der aus Bauderbolle, Albert Thomas und Samuel Compers besteht, um einen Weltkongress der Arbeiter zu organisieren, der bei Kriegsende zusammenzutreten soll. Compers weist in Paris, wo die Sitzung stattfinden sollte. Die britischen Gewerkschaften und die Arbeiterpartei sandten mich nach Paris, um an der Sitzung teilzunehmen. Als wir in Halle ankamen, teilte uns die Besatzung des Schiffes mit, daß sie von ihren Führern die Weisung erhalten hätten, uns nicht an Bord zu lassen. Man sagt uns nach, daß wir von den Deutschen gefaßt wären. Angefichts dieser Haltung der Seeleute verzichteten wir auf die Reise.“

Diese Darstellung der „Times“ bestätigt also, daß selbst die Vorarbeiten für eine internationale sozialistische Konferenz nach Waffenstillstandsabschluss einem Widerstand der englischen Seeleute begegnet, den bisher die Arbeiterpartei nicht zu brechen vermochte.

Bleibt Wilson fest?

Für unparteiische Gerechtigkeit!

Die „New York Evening Post“ veröffentlichte am 28. September einen Artikel eines bekannten Vertrauensmannes Wilsons, David Lawrence, über die Friedensrede des Präsidenten vom Tage vorher. Lawrence versichert, daß es Wilson erst damit sei,

seine demokratischen Ideale in die Tat umzusetzen. Er wolle die Sache der Entente von allem reinigen, was an Imperialismus und selbstsüchtigen Nationalismus erinnert. Er verurteilt den Ententeländern die Lösung Amerikas und fragt sie, ob sie sie annehmen. Wilson sage nicht, daß der Friede auf deutschem Gebiet diktiert werden solle, bis Deutschland als Volk vernichtet sei. Er verlange von Deutschland nur, daß es seine Politik der Selbstlosigkeit und unparteilichen Gerechtigkeit annehme. Die Rede verrate eine gewisse Uneinigkeit zwischen Amerika und seinen Verbündeten. Einige von den alliierten Staatsmännern wollten die Dinge herausklagen, die sich mit der Auffassung des Präsidenten nicht decken. Höchst bemerkenswert findet Lawrence auch die Erklärung des Präsidenten gegen den Vorkrieg. Wilson wende sich gegen die Rücksichtslosigkeit derjenigen alliierten Staatsmänner, die nicht sehen wollen, daß die Völker für die Weltorganisation des Internationalismus weh seien. Er spreche über die Köpfe aller Staatsmänner hinweg zu den einfachen Leuten der ganzen Welt, die heute die Leiden des Krieges tragen müssen und die allein bestimmen können, wie sie sich in Zukunft regieren lassen wollen und wie die Demokratie auf immer befestigt werden solle.

Wilson gegen Annexionen und Entschädigungen.

Eine Botschaft an den amerikanischen Senat.

Nach einer Meldung der „Morning Post“, die der „Lokalanzeiger“ kurz wiedergibt, hat Wilson eine Botschaft an den Senat gerichtet, in der die Notwendigkeit der Herstellung direkter Beziehungen zwischen den Völkern als Grund für die Annahme eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen eingestuft wird.

Schitscherin an die Prager Regierung.

Der Frieden mit den Tschechoslowaken.

Wie der Berliner Korrespondent des „Neuen Wiener Journals“, Dr. Friedberg, erzählt, hat der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Schitscherin, an die provisorische tschechoslowakische Regierung in Prag ein Radiotelegramm gerichtet, das eingangs feierlich erklärt, daß der russischen Sowjetregierung „niemals auch nur der Gedanke gekommen sei, die sich in Rußland befindenden Tschechoslowaken der österreichisch-ungarischen Regierung auszuliefern, wie die gegenrevolutionären Verleumder es behauptet haben“. Die Verständigung mit den englischen und französischen Regierungen über die den Tschechoslowaken in Rußland zu gewöhnende Möglichkeit, sich nach Frankreich zu begeben, wurde allerdings wirkungslos, da Frankreich keinen Schiffsraum zur Verfügung stellte. Dann wurden die tschechoslowakischen Truppen unter dem Befehl reaktionärer russischer Elemente gestellt und konterrevolutionär gegen die Sowjetregierung geführt; allerdings ohne Erfolg. Dann sagt das Telegramm:

„Die Sowjetregierung wünscht trotz ihrer Waffenerfolge nichts so lebhaft, wie ein unmitelbares und von ihr befreites Rußland zu besitzen, und erklärt der provisorischen tschechoslowakischen Regierung ihre Bereitwilligkeit, den Tschechoslowaken die Möglichkeit des Abzugs aus Rußland nach Niederlegung ihrer Waffen unter voller Garantie ihrer Sicherheit zu gewähren, um sich in ihr Heimatland zurückzugeben. Die Sowjetregierung würde gern mit der provisorischen tschechoslowakischen Regierung in direkte Verhandlungen treten, um die Bedingungen der Reparierung der Tschechoslowaken, die das unter der Oberhoheit der provisorischen tschechoslowakischen Regierung in Prag stehende Territorium betreffen wollen, näher zu bestimmen. Die Sowjetregierung wird für eine sofortige Antwort der provisorischen tschechoslowakischen Regierung dankbar sein.“

Das Telegramm ist aus Moskau am 31. Oktober datiert. Seine politische Wichtigkeit liegt auf der Hand. Es ist ein Schwachs, der die neue Prager Regierung demokratisch auf die Probe stellt. Man darf gespannt sein, wie sie sich mit der Aufgabe abfindet, daß bei der Unterstützung der tschechischen Nationalbewegung durch die Alliierten der Anspruch auf die tschechoslowakische Hilfe gegen die Sowjetregierung eine Rolle spielte.

Der Friedenskampf der französischen Sozialisten.

Louquet zur Offiziersfrage.

Genf, 31. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand der französischen Sozialisten beschloß mit der Konsolidation der Gewerkschaften ein gemeinsames Manifest herauszugeben, welches die Friedensziele des Proletariats genauer zum Ausdruck bringt, als das neulich mit der bürgerlichen äußersten Linken herausgegeben.

Louquet schreibt in der „Humanité“: Das kaiserliche Deutschland will anscheinend das von den französischen Sozialisten beschlossene eiserne Verbot durch die Einziehung der Eingewanderten und den Ausschluß der Ausgewanderten verfechten. Aber unannehmbar ist nur die Befragung der gesamten eisenfähigen Bevölkerung und ausschließlich dieser. Weitere Bedingungen sind die vorhergehende Räumung und Kontrolle durch Belgien und die Schweiz oder Amerika.

Die „Humanité“ bezieht die Beziehungen der Organisatoren der Antimilitarische mit den Offizierskreisen. Der Zentralverband gegen feindliche Propaganda, welcher diesem Treiben nahesteht, sei in demselben Hause untergebracht, wie die Propagandaabteilung des Ministerpräsidenten.

Genf, 31. Oktober. „Nieuwe Courant“ schreibt: Die Männer, die in Paris mit Krieg und Frieden spielten, werden vorsichtig sein müssen, wenn sie den Tonen zu stark spannen, besteht die Möglichkeit, daß sie nicht vor den gemäßigten Elementen, sondern vor den linksstehenden Gruppen zurückweichen müssen, den Gruppen des Proletariats.

Caillaux vor dem Staatsgerichtshof.

Bern, 31. Oktober. Wie die französischen Zeitungen melden, kam es bei den ersten Verhandlungen der Sache Caillaux vor dem Staatsgerichtshof in der Geheimnisung zu sehr erregten Auseinandersetzungen. Dem Ansuchen des Staatsanwalts auf erneute Untersuchung durch den Staatsgerichtshof wurde schließlich zugestimmt.

Verhaftung des Moskauer Buchhändlers. Nach Meldung von „Sewernaja Kommuna“ werden in Moskau sämtliche Buchhandlungen, Buchverlage und öffentliche Bibliotheken mit allen Beständen an Büchern und Papier zum Eigentum des Deputiertenrats erklärt.

Die neuen Gewalten in Oesterreich und Ungarn.

Dr. Viktor Adler als Außenminister.

Wien, 31. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Bestellung Dr. Viktor Adlers zum Außenminister des deutschösterreichischen Staates entsprach einem Vorschlage der bürgerlichen Parteien, die von Adlers internationaler Autorität einen leichteren Friedensschluß erhoffen. Zur Erleichterung dieser Arbeit erhält Adler einen sozialdemokratischen Unterstaatssekretär. Auch der bürgerliche Kriegsminister erhält als sozialdemokratischen Unterstaatssekretär den Artillerie-Leutnant Dr. Julius Deutsch.

Die deutsch-österreichische Armee.

Im Wiener Abgeordnetenhaus traten die Abgeordneten G. Hoedl, Leuthner, Hillebrand, Schoepfer, Wolf, Joo und Ganzer mit Offiziers- und Soldatendelegierten zusammen, um über die Schaffung einer deutsch-österreichischen Armee zu beraten. An der Beratung nahm auch Präsident Seig und der neue Militärkommandant von Wien, General der Infanterie Freiherr von Kirchbach, sowie der Generalstabchef des Wiener Militärkommandos, Oberst Primamessi, teil.

Oberst Primamessi hielt an die Offiziers- und Soldatendelegierten eine Ansprache, worin er dafür zu sorgen bat, daß nicht durch falsche Maßnahmen Beunruhigung in das Militär getragen werde, und daß nichts geschehe, was eine Desorganisation des Militärs herbeiführen könnte. Es handle sich bloß darum, im Hinterlande aus den Adress die fremdsprachigen Soldaten auszuscheiden und ihren Staaten zu überstellen und die Demobilisierung im Hinterlande vorzubereiten und in ruhige Bahnen zu lenken. Die Frontarmee möge zunächst nicht in Betracht gezogen werden. Ergebnis der Verhandlungen war, daß sich Vertreter des Staatrates in die Wiener Kammern begaben, um mit den gewählten Vertretern und Soldaten in Verhandlungen bezüglich einer nationalen deutschen Armee zu treten.

Die Soldaten werden auf den Schwur vereidigt werden, worin der Soldat gelobt, als Mann, als Soldat und als Bürger des freien Staates Deutschösterreich den Grundgesetzen, den Behörden, insbesondere dem Staatrat und seinem Präsidenten, sowie den von ihnen mit Befehlsgewalt betrauten Vorgesetzten Treue und Gehorsam zu leisten.

Am 31. Oktober fand die feierliche Angelobung des Staatsnotars Dr. Sylvester, des Leiters der Kanzlei des Staatrates Dr. Kerner und der neuer-nannten Staatssekretäre statt. Der Präsident Seig hielt eine Ansprache, worauf Dr. Dinghofer die Gelöbnisformel verlas, welche lautet:

„Ich, Ihrern Manneswort und bei Ihrer Staatsbürgerlichen Ehre geloben Sie, als einer der allerhöchsten Diener des Staates Deutschösterreich ihr gesamtes Wissen und Können, ihre ganze Zeit und Geisteskraft dem Wohle des deutschösterreichischen Vaterlandes vorbehalten und ohne Ansehen der Person hinzusetzen, und daß sie diesem Ihrem Vaterlande, dem von der Nationalversammlung beschlossene Grundgesetze, sowie den auf ihrer Grundlage erlassenen Vollzugsanordnungen des Staatrates getreu dessen Weisungen unverbrüchlich zu folgen, unparteiisch Ihres Amtes gewissen und bei jeder unbilligen Handlung das Wohl, die Ehre und das Selbstbewußtsein der Bürger zu achten gewillt sind.“

Sozialdemokratischer Parteitag.

Am 31. Oktober begann der Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. Es nahmen ungefähr 200 Delegierte teil. Diejenigen Abgeordneten, die Mitglieder des Staatrates sind, waren durch eine Sitzung dieser Körperschaft verhindert, der Eröffnung des Parteitages beizuwohnen. Namens des Parteivorstandes eröffnete Starck den Parteitag mit einer Ansprache, worin er u. a. sagte:

„Der Parteitag findet uns mitten in einer unblutigen Revolution und wir hoffen, daß die weiteren Thesen ebenso unblutig verlaufen werden und alle Klassenunterschiede und Klassenunterschiede verschwinden.“

Nach der Wahl des Vorsitzenden werden als einziger Punkt der Tagesordnung angelegt: Die letzten politischen Ereignisse und der Wiederaufbau der Parteiorganisation.

Nach Genehmigung des Berichtes der Parteikontrolle hielt in Vertretung des verhinderten Dr. Viktor Adler, Dr. Otto Bauer eine Ansprache, worin er die Ursache des Zusammenbruchs Oesterreichs darlegte.

Der deutschösterreichische Abgeordnete Malik und seine Freunde werden in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung folgenden Antrag stellen:

Der von dem ehemaligen österreichischen Kaiser Karl widerrechtlich ernannte ehemalige Minister Graf Andrássy ist wegen seiner an Wilson gerichteten Rede sofort als böhmischer Ausländer aus dem Gebiete Deutschösterreich auszuweisen.

Aus der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Ellenbogen in der zweiten Sitzung der Nationalversammlung tragen wir noch:

Von dem Gesichtspunkt, daß unsere Weltanschauung gebrochen ist, bleibt nichts anderes übrig, als immer wieder Friedensverhandlungen zu machen. Alle Versuche, den Krieg in irgend einer Form fortzusetzen, sind umsonst. . . . Statt jetzt dem deutschen Kaiser zu sagen, daß sein Verbleiben im Amt das höchste Friedenshindernis ist (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) und daß, wenn jemals ein Curtiusprung einen Sinn hätte, er heute in Bezug auf den deutschen Kaiser einen Sinn hat zur Rettung seines Volkes, sucht sich diese Reaktion (der Dynastie mit den magyarischen Heubalen) den jetzigen Augenblick für den Abfall von Deutschland heraus, indem sie damit der deutschen Demokratie in den Rücken fällt. Die Herrschaften kommen zu spät, um sich ein Verdienst um den Frieden zu erwerben. Das jetzt übrig bleibt, ist der faule, schmutzige Trübsinn, der von einem berühmten deutschen Dichter selbsterlebter Dank vom Hause Österreich (Beifall bei den Sozialdemokraten und Deutschösterreich) Die Dynastie hat den Schritt getan, um einen möglichst günstigen Frieden für das Eingliedern des Reiches zu erhalten, die Ungarn, um möglichst viel Integrität, ins Deutsche überlegt; möglichst viel Herrschaft über ihre Nationalitäten zu bewahren. Die Sozialdemokraten machen darauf aufmerksam, daß es durchaus nicht unmöglich ist, daß die Dynastie mit diesem Schritte die Freigabe der Deutschen in den Subetatsländern plant. Die Dynastie plant, sich auf Kosten der Deutschen die Gunst der Tschechen und Slowaken zu sichern. Wir werden es niemals zugeben, daß auch nur der Hauch eines deutschen Volkinteresses einem dynastischen Interesse geopfert werde. (Selbhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und

An die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins!

Bei allen Reichstagswahlen in Groß-Berlin haben sich die sozialdemokratischen Wähler in überwältigender Mehrheit für die alte Partei erklärt, so in Spandau-Osthavelland, Niederbarnim und zuletzt noch in Berlin I. Auf's neue wurde damit festgestellt, daß die große Masse der arbeitenden Bevölkerung auch in Berlin nach wie vor zur alten Partei steht.

Aber diese Zustimmungen bei den Wahlen genügen in der gegenwärtigen ersten Zeit nicht. Dringender denn je erfordern die Zeitverhältnisse den festen, innigen Zusammenschluß aller politisch Gleichgesinnten. Die tiefe Hoffnungslosigkeit, welche der Krieg in weiten Kreisen erzeugte, muß abgeschüttelt werden, um die Kämpfe der Zukunft noch erfolgreicher zu gestalten. Die sozialdemokratische Partei, die Vertreterin aller Mühseligen und Bedrückten, muß sich auch hier in Berlin wieder auf starke Organisationen stützen können, muß auch hier wieder festverankert in der großen Masse des arbeitenden Volkes stehen.

Viele Anhänger unserer Partei haben es leider auch früher unterlassen, durch Eintritt in die Organisation ihre Zugehörigkeit zur Partei zum Ausdruck zu bringen. Sehr viele aber wurden in den letzten Jahren durch die unausgesetzten Angriffe gegen die Partei und das Verdächtigen aller ihrer Handlungen angewidert oder irre an ihrer Auffassung. An alle diese Anhänger wenden wir uns heute mit dem dringenden Ersuchen:

Tretet der Organisation der Partei bei!

In dieser Zeit bitterster Entschliefungen ist es ein Gebot der Ehre für jeden Anhänger der Partei, ihr auch die Treue zu bewahren. Gerade jetzt ist es doppelt

notwendig, sich für das gemeinsame Ziel fest zusammenzuschließen. Der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse in eine höhere Stufe wirtschaftlicher und politischer Entwicklung wird sich umso schneller und umso zielbarer verwirklichen, je größer der Zusammenschluß und dadurch die politische Schulung der Arbeiterklasse ist. Die deutschen Arbeiter werden sich das einmal Errungene nie wieder nehmen lassen, dessen sind wir sicher, aber noch sehr viel ist zu erringen. Die Kraft zu diesen Kämpfen wird aber nur geschaffen durch den geeinten Willen aller unserer Anhänger.

Deshalb tretet alle, Mann oder Frau, sofort der sozialdemokratischen Partei bei!

Mit Parteigrüß

Die sozialdemokratische Bezirks-Organisation Groß-Berlins.

Max Bolzmann. Eugen Ernst. Georg Felsmann. Bruno Fiedler. Theodor Fischer. Otto Frank. Albert Hahnisch. Julius Jandke. Karl Klingler. Franz Krüger. Franz Lucht. Wilhelm Mann. Hermann Meißner. Hermann Müller. Alex Pagels. August Pohl. Hugo Pösch. Hermann Rietz. Elfriede Ryned. Franz Schlemminger. Helene Schmitz. Johannes Schneider. Heinrich Schröder. Alex Stieffenhofer. Heinrich Umlauf. Richard Weimann.

Anmeldungen sind zu richten an:

Theodor Fischer, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. (Soz. Bezirksorganisation.)

Wie steht es mit der Wohnungsfürsorge in Groß-Berlin?

Inmer dringlicher wird für die großen Gemeinden die Frage der Wohnungsbeschaffung für die heimkehrenden Soldaten. Jetzt ist die Zeit zu Erhebungen und Beratungen vorbei, nun muß gehandelt werden. Schlimm sind jene Städte daran, die handeln wollen, jedoch durch den Zwang der Verhältnisse nicht handeln können. In solcher Lage befindet sich die Stadt Berlin. Mit Sicherheit ist ein großer Zustrom der aus dem Heeresdienst Entlassenen nach Berlin zu erwarten. Hier hoffen sie Arbeit und Unterkommen zu finden. Berlin möchte bauen und kann nicht bauen. Was der Stadt an Bauplänen im Norden noch zur Verfügung steht ist so minimal, daß es kaum in Betracht kommt. Bei den Berlin einschneidenden Städten und Gemeinden ist es zwar anders, doch scheuen sie vielfach die Lasten aus einer großzügigen Wohnungspolitik erwachsenden Lasten. Das ist verständlich, sofern es sich um Orte mit überwiegender Arbeiterbevölkerung und damit geringerer Steuerkraft handelt. Sie würden auch zum Teil den Gemeinden, die die Steuerleistung der großen Betriebe erhalten würden, eine diesen Gemeinden obliegende Pflicht abnehmen.

Aber immerhin, es muß etwas geschehen. Nach langen Verhandlungen, bei denen es namentlich den Widerstand der Städte mit geringerer Arbeiterbevölkerung zu überwinden galt, ist man auch im wesentlichen eins geworden. Die Mehrzahl der Groß-Berliner Gemeinden beschließt sich der Tatsache nicht, daß etwas getan werden muß; sie wollen nun etwas tun. Sie sind der Frage einer Wohnungsgemeinschaft nähergetreten. Gemeinlich sollen die Lasten dazu aufgebracht werden, es soll auch solchen Gemeinden, die bisher schon auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge etwas getan haben, dieses anerkannt werden; ihre bisherigen Maßnahmen sollen so gelten, als ob es in der Zukunft geschehen würde. Nur müssen natürlich alle in Betracht kommenden Gemeinden wollen. Da zeigen sich Widerstände, über die bisher die Öffentlichkeit nicht genügend orientiert worden ist. Besonders in Spandau. Unglaublicherweise, denn gerade Spandau mit seiner großen Arbeiterbevölkerung hätte alle Ursache, mitzumachen. Geht nicht ohne Unrecht sagt beispielsweise Charlottenburg, daß Spandau mitmachen müsse, denn bei dem Zusammenstoßen von Spandau und Charlottenburg würde durch ein Vorgehen ohne Spandau diese Stadt ganz besonders entlastet werden. Man braucht nur an die großen Betriebe in Siemensstadt zu denken, um sofort zu erkennen, daß das in der Tat der Fall sein würde. Die Hoffnung, daß andere Gemeinden ihr eine solche Entlastung schaffen würden, scheint in der Tat auch das ganz kurzfristige und unsoziale Verhalten Spandaus zu beeinflussen.

Da auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung offenbar nichts zu erzielen ist, hat, wie wir erfahren, die Stadt Berlin schon vor mehr denn drei Wochen dem Wohnungskommissar bestimmte eingehend begründete Vorschläge unterbreitet. Vor mehr denn drei Wochen ist es geschehen! Bisher aber liegt noch keine Entscheidung des Wohnungskommissars vor. Das will und ebenso unglaublich erscheinen, wie das Verhalten Spandaus.

Wie lange soll denn noch gewartet werden? Es scheint auch hier wieder das alte, sich allerdings viel drastischer äußere Wort zuzutreffen, daß man vor lauter Erwägungen nicht zu Entscheidungen komme. Dabei ist der Wohnungskommissar eingeseht, den Wohnungsbau zu fördern. Welche Widerstände machen sich hier geltend? Wo liegen sie? Liegen sie in der Scheu vor einem Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden? Wir schätzen die Selbstverwaltung sicherlich nicht gering, wir sind immer für sie eingetreten, aber wir erkennen in ihr kein Palladium, das immer und unter allen Umständen unantastet bleiben müsse. Stellt sie sich als ein Hindernis des sozialen Fortschritts heraus, dann muß dieser Fortschritt durchgesetzt werden unter Beteiligung der sich ihm entgegenstellenden Widerstände. Oder liegen sie in dem Kampfe der Provinz gegen Berlin, der sich wie früher in den Stichworten „Märkische Elektrizitätswerk“, „Lastenausgleich“, so heute in dem Worte „Märkische Heimstätte“ kennzeichnet, und der diesmal wohl keinen Kampf im preussischen Finanzministerium hat? Wer immer dem Rade der Zeit in den Fugen der Unterbringung und Versorgung der heimkehrenden Krieger in die Speichen zu fallen mag, er ladet die denkbar schwerste Verantwortung auf sich!

Parteinachrichten.

Gegen die Zensur.

In Mannheim hat eine hart besuchte sozialdemokratische Vereinsversammlung sich mit den Gewaltmaßnahmen der Zensur gegen die „Volkstimme“ beschäftigt. Nach einem Referat eines Redaktionsmitgliedes, das eine alarmierende Darstellung der geringen Beeindungen mit der Zensurbehörde in Karlsruhe gab, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Verformung der Maßnahmen der Zensurbehörde gegen die „Volkstimme“ bemängelt und die Haltung der „Volkstimme“ in allen ihren Teilen, sowie die Stellungnahme, die die Redaktion, in Übereinstimmung mit der Pressekommision und der Geschäftsleitung, dem Vorgehen der Zensurbehörden gegenüber eingenommen hat, für richtig erklärt.

Die Kreisorganisation des 17. sächsischen Wahlkreises

Hielt am Sonntag vormittag in Meerane ein Mitglieder- und Agitationsversammlung ab, die sich hauptsächlich mit Organisations- und Agitationsfragen beschäftigte. Der Redakteur Genosse Müller aus Chemnitz besprach in längeren Ausführungen die innerpolitischen Vorgänge Sachsen und ein Arbeitsprogramm für unsere nächste Tätigkeit im Kreise. Dann behandelte Genosse Kollendörfer die letzten Vorgänge im Reich. Die Ausführungen beider Redner wurden mit großem Interesse entgegengenommen. — An die Referate schloß sich eine rege Aussprache.

Am Nachmittag wurde in Meerane (Bettiner Hof) eine Volksversammlung abgehalten, in der Genosse Kollendörfer über Volk und Regierung für den Frieden, und Genosse Müller aus Chemnitz über die Landtagswahlreform in Sachsen sprach. Die Versammlung gestattete sich zu einer Kundgebung, wie sie in Meerane seit längerer Zeit nicht zu verzeichnen war. Schon lange vor Beginn war der Saal gefüllt und noch immer strömten die Massen herbei. Genosse Kollendörfer begründete in interessanter Darlegung die Taktik der Sozialdemokraten in der Regierung. Genosse Müller behandelte die sächsischen Verfassungsfragen und stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, daß die Arbeiterklasse alles daran zu setzen habe, daß den Anfängen der sächsischen Umordnung weitere Verfassungänderungen folgen müssen, und zwar in politischer und verwaltungsmäßiger Beziehung. Die Redner fanden warmen Beifall, und die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß sie mit dem Verhalten der Partei einverstanden ist und ihrerseits dazu beitragen wird, daß es auch in Sachsen rasch vorwärts geht.

In „Volkblatt“-Prozess Halle

stand am Mittwoch, dem 30. Oktober, erneut Termin vor dem Oberlandesgericht Naumburg an. Die Verurteilung des Urteils ist auf Mittwoch, den 6. November, vormittags 10 Uhr, festgesetzt worden.

Die „Düsseldorfer Nachrichten“ Publikationsorgan der Unabhängigen.

Unser Düsseldorfer Parteiblatt, die „Volkzeitung“, wendet sich in einer Notiz gegen Dr. Paul Lensch, weil dieser in den sächsischen „Düsseldorfer Nachrichten“ einen Artikel über „Die Sozialdemokratie und die neue Lage“ veröffentlicht habe. Die Politik jenes Blattes habe sich auch in neuerer Zeit nicht geändert, wenn auch einige Quader „Unabhängige“ es in der Zwischenzeit zu ihrem Publikationsorgan gemacht hätten. Die „Volkzeitung“ protestiert gegen das Unternehmen Lensch, das nur geeignet sei, verwerrend zu wirken und der Sozialdemokratie den Kampf gegen ihre natürlichen Gegner zu erschweren.

Die Magdeburger „Volkstimme“.

die zu Kriegsbeginn 28.000 Abonnenten hatte, hat ihre Bezugszahl jetzt auf mehr als 60.000 gesteigert. Sollte sie den vollen Bedarf für den Straßenverkauf liefern, so müßte sie mindestens 60.000 Exemplare drucken. Statt dessen hat umgekehrt der Straßenverkauf schon wiederholt völlig eingestellt werden müssen, weil einfach kein Papier vorhanden war. Vor dem Hause der „Volkstimme“ bilden sich täglich zur Ausgabezeit des Blattes wahre Volksversammlungen von Leuten, die sich „anstellen“, um ja eine Nummer zu bekommen.

Kreisconferenz von Meiningen II.

Wie sehr der Krieg auch im letzten Geschäftsjahr das Organisationsleben beeinträchtigt hat, geht aus dem Bericht des Kreisverbandes hervor, den derselbe bei der im bayerischen Orte Stadheim tagenden Kreisconferenz erstattete. Danach sind im letzten Jahre wiederum 279 Parteimitglieder eingezogen worden, so daß die Mitgliederzahl gegenwärtig 600 beträgt, davon 156 Frauen. Die Industrie liegt im Kreise vollständig darnieder. Besser steht es mit der Entwicklung der Parteipresse. Genosse Hofmann konnte berichten, daß das „Saalfelder Volksblatt“ in letzter Zeit an 1000 Abonnenten gewonnen hat. Auch das in Sonneberg erscheinende Parteiblatt bewegt sich in aufsteigender Linie. Beide Blätter haben

gegen 10.000 Abonnenten, welche sich auf die beiden Meiningen Wahlkreise und den Wahlkreis Rudolstadt verteilen.

Über „Die Reichstagsverhandlungen und die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei“ referierte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Reichardt. Es sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig gewesen, daß die Partei sich an der Regierung beteilige. Nach lautharter Aussprache konnte der Versammlung festgestellt, daß die Zustimmung mit der Stellungnahme ihres Abgeordneten und mit der Haltung der Parteiführungen einverstanden war.

Der Junger Gemeindevorstand stellte in seinem letzten Sitzung seine Stadträte, darunter auch den Genossen Ernst Gührich. Derselbe wird das Kriegsfürsorgeamt der Stadt im Ehrenamt übernehmen.

Groß-Berlin

Gefährdung der Berliner Gasversorgung.

Angesichts der Kollage, in der sich die Kohlenversorgung der Groß-Berliner Gaswerke befinden, hat der Vorsitzende des Kohlenverbandes, Oberbürgermeister Wermuth, sich in einem Schreiben an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung gewandt und darauf hingewiesen, daß die Berliner Bevölkerung außerlegten Einschränkungen im Gasverbrauch nur dann verantwortet werden könnten, wenn sie durch unabwiesbare Rücksichten auf die Kriegsführung geboten seien. „Da nach der gegenwärtigen politischen Lage“ heißt es dann in dem Schreiben, „die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß in absehbarer Zeit der Kohlenbedarf der Rüstungsindustrie geringer werden wird, darf schon heute Euer Hochwohlgeboren Aufmerksamkeit darauf hingelenkt werden, daß es dann unabwiesbare Pflicht sein wird, die dem großstädtischen Bedarf dienenden Gas- und Elektrizitätswerke in erster Reihe ausreichend mit guter Kohle zu versorgen.“

Darauf erhielt der Oberbürgermeister Wermuth vom Reichskommissar ein Antwortschreiben, das auf dem Wege des Vorjahr vermehrten Gasverbrauch Groß-Berlins hinweist und mit folgender interessanter Eröffnung schließt: „Eurer Exzellenz dürfte bekannt sein, daß die Leistungen sämtlicher Siedekesselwerke beträchtlich zurückgegangen sind und weiter zurückgehen. Nach Lage dieser Verhältnisse ist es nicht die geringste Möglichkeit, den Gasanstalten von Groß-Berlin in nächster Zeit mehr Kohle zuzuführen als jetzt. Mühe vielmehr, wie in allen Jahren, mit Ausschalen in den Wintermonaten rechnen, für welche dann die Bestände zur Ausschale herangezogen werden sollten. Wenn wir immer bald von dieser, bald jener Stelle gesagt wird, man könne die Verantwortung für Einschränkungsmaßnahmen nicht tragen, so müssen sich diese Stellen bewusst werden, daß sie dann die Verantwortung dafür übernehmen, wenn im Winter plötzlich — vielleicht auf Tage — Berlin ohne Gas steht.“

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung scheint sich nicht klar darüber zu sein, daß es auch im Gasverbrauch ein gewisses Minimum gibt, unter das eine Bevölkerung schlechterdings nicht herabgehen kann, ohne ihre Existenzmöglichkeit in Frage zu stellen. Wir möchten uns daher erlauben, ihn auf diese undstreitbare Tatsache hinzuweisen, und ihn zugleich daran erinnern, daß die Verantwortung, der Berliner Bevölkerung dieses Minimum durch die erforderliche Kohlenzufuhr unter allen Umständen zu garantieren, ihm zufällt.

Berliner Schulgebäude als Bazarette.

Die sozialdemokratische Berliner Stadtbewohnerorganisation hat an den Magistrat folgende Anfrage gerichtet:

Nach Zeitungsmeldungen sollen städtische Räume, Gemeindegewerbe- und Fortbildungsschulgebäude für Bazaretteverbreitung von der Militärverwaltung angefordert sein. Die Unterzeichneten fragen an, ob diese Meldungen den Tatsachen entsprechen und welche Schritte der Magistrat zu tun gedenkt, um den schon so vielfach gestörten Schulbetrieb nicht noch weiter schädigen zu lassen.

Daß die in Berlin und Umgegend sehr zahlreich vorhandenen und zum Teil gänzlich leerstehenden Schlösser

In hervorragender Weise für Lazarettwärter geeignet sind, scheint der Militärverwaltung merkwürdigerweise bisher entgangen zu sein.

Der Preussische Städtetag zum Jugendfürsorgegesetz.

Zu dem Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes, der zurzeit in einem Ausschuss des Abgeordnetenhauses beraten wird, hat der Vorstand des Preussischen Städteverbandes in einer längeren Eingabe Stellung genommen, jedoch bezogen Nebenbemerkungen erhoben, daß durch ein besonderes Jugendamt eine Einrichtung geschaffen wird, welche außerhalb des Rahmens der städtischen Verwaltung liegt, wobei die Stadt nur die Kosten bezahlen darf. Der richtige Aufbau des kommunalen Jugendfürsorge sei nicht in besonderem Maße, sondern die städtischen Verwaltungsbereitschaften. Der Städteverband verweist ferner darauf, daß die freizügigen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde ein eigenes Jugendamt einzurichten dürfen, und schenkt vor, zu bemerken, daß für jede Gemeinde mit mehr als 10000 Einwohnern ein Jugendamt errichtet wird. — Für den 8. 3. der die Beschlüsse enthält, daß einzelne Personen als Vertreter des Städteverbandes aber die Städte und Stämme im Jugendamt zu vertreten soll, wird folgende Fassung vorgeschlagen: „In den Städten sollen die in den Gemeinden, die ein besonderes Jugendamt errichten, nach dem Jugendamt nach dem Gemeindeverfassungsgesetz gebildet. Dessen können Mitglieder sein.“

Neue Preise für Hafernährmittel und Teigwaren.

Das Reichsministerium gibt die neuen Preise für Hafernährmittel und Teigwaren bekannt. Für das kommende Wirtschaftsjahr betragen die Kleinhandelspreise für gewöhnliche Hafersorten, wie pro Pfund 62 Pf., in Reuteln zu 250 Gramm 4 Pf.; für die besten bei Abgabe in geschlossenen Packeten zu 60 Gramm 52 Pf., 250 Gramm 45 Pf.; für Hafermehl (Vollweizen) in geschlossenen Packungen zu 200 Gramm 44 Pf. Die Preise für die Teigwaren sind wieder wie im vorigen Jahre gehalten in solche für eine Ausmahlung von 80 v. H. und solche für Aufwaschmehl. Sie betragen bei Ausmahlung von 80 v. H. für das Pfund Teigwaren 70 Pf., Aufwaschmehl 66 Pf., andere Teigwaren 62 Pf. — Bei Aufwaschmehl sind die Preise für das Pfund Teigwaren 90 Pf., Aufwaschmehl 86 Pf., andere Teigwaren 82 Pf. Ansonsten ergeben sich bei Vorjahre nächste Erhöhungen vorliegen, sind sie einerseits durch die erhöhten Getreidepreise und Darstellungskosten, hauptsächlich aber auch durch die für unumwandelbar erklärten Erhöhungen des Wertstoffes des Handels, insbesondere des Mehlpreises, erforderlich geworden.

Schleichhändler und Kriminalbeamte.

In neuerer Zeit sind der Behörde wieder mehrere Fälle gemeldet worden, in denen Leute unter der Maske von Kriminalbeamten Schleichhandelswaren beschlagnahmten und zwar an den Schleichhändlern Erpressungen verübt haben. In gewissen unethisch bekannten Kreisen, in denen vorzugsweise Schleichhändler und Lebensmittelhändler verkehren, haben sich ganze Künste von Leuten entwickelt, die darauf ausgingen, sich auf alle Weise in den Weg von Waren, deren Handel verboten ist, vorzuschieben von Beamten zu lassen. Sobald sie hören, daß jemand solche Waren beschlagnahmt, machen sie sich an den Verkäufer heran, erziehen ihn mit einem Käufer zu bringen und bestellen ihn mit der Ware in ein wenig beschütztes Lokal und Rasthaus, meistens in eine Wohnung. Wenn dann der Käufer, der ebenfalls immer nur Schleichhändler ist, mit dem Verkäufer der Ware gerade unerschrocken, erscheinen, stehen sie mehrere — gewöhnlich zwei — Stunden lang vor dem Verkäufer, dessen Namen sie sich aufschreiben, lassen sie mit der Ware fernbleiben, damit er so auf neue Art von dem beschuldigten Eigentümer der Ware loskommt. Die angehenden Kriminalbeamten gehen sich meist als Beamte des Kriegsveteranats aus, treten aber auch in den Kreislagen als Deserteur auf, häufig lassen sie sich durch die Mitten des Verkäufers, ihm Beistand zu leisten, ansetzen, außerdem auch noch erweichen und versprechen ihm, sich nach dem Weg der Ware zu sehen, ob die angeführten Beamten sich als solche genügend ausweisen können. Wirkliche Kriminalbeamte sind durch den Besitz runder, mit einer bestimmten Dienstnummer versehenen Ponce-Kästen erkennbar, die sich jeder von einer polizeilichen Bewachung Betroffene allemal vorweisen

lassen sollte, damit er sich die für etliche Gegenüberstellungen wichtige Dienstnummer merken kann. Im Weigerungsfalle ist ohne weiteres der Verdacht begründet, daß es sich um einen falschen Beamten handelt. Es ist dringend zu wünschen, daß jeder, der solchen gemeingefährlichen Schwindlern in die Hände fällt, den ganzen Vorkauf unerschrocken bei der Kriminalpolizei zur Anzeige bringt.

„Nacht Platz den Vergeht!“ Auf die Notiz in der gestrigen Nummer sind uns zahlreiche bestimmende Zuschriften aus allen Kreisen der Berliner Bevölkerung zugegangen. In einer heißt es: „Luzusführer“ soll doch nicht mehr gehalten werden. Bisherlich haben Sie die Freundlichkeit, darauf hinzuweisen, daß die Behörden, wenn sie einmal einen Kennzettel an Wochentagen kontrollieren würden, leicht feststellen könnten, woher die hierbei benutzten Nummern stammen, die doch zweifellos zum größten Teil als Luzusführer benutzt werden.“

Die freie Volkshöhle hielt dieser Tage ihre Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab. Im Geschäftsbericht warf der Vorsitzende Konrad Schmidt einen Rückblick auf die Entwicklung des Kartellverbandes, der nach Abschluß des Vertrages mit Reinhardt ständig gewachsen sei. Der mit Reinhardt abgeschlossene Vertrag ist abgelaufen und die neue freie Volkshöhle hat als Eigentümerin des Hauses die Leitung der Vorstellungen Herrn Kähler übertragen. In diesem Herbst stieg die Mit-

Reichstag und Regierung

Sind einig in dem festen Willen, den Kriegsleihe-Zeichnern gegenüber des Reiches Ehrenpflicht zu erfüllen, jede Verkürzung ihrer Rechte abzuwehren und ihnen, so weit es angeht, Erleichterungen und Vergünstigungen zu gewähren. Darum zeichnet die Kriegsleihe!

gliederzahl der beiden Kammern auf 80000. Die Sonntagsmittagskonzerte werden in der laufenden Spielzeit fortgesetzt. Im Auftrage der freien Volkshöhle wird im Volkstheater Herr Dr. Adolf Wegner am zweiten Weihnachtstagesabend und Neujahr, mittags 12 Uhr, über den Expressionismus in der Dichtung und in den bildenden Künsten in zwei Vorträgen sprechen. Eine Reihe von Einzelvorträgen finden als „Vorträge und Dramen“ statt; daneben läuft eine große Anzahl von Lesungen. Die rapid gestiegenen Kosten zwingen leider zu einem Preissteigerungsschritt von 30 Pf. für die Abendvorstellungen. Der Geschäftsführer Winkler erstattete den Kassenericht für das Rechnungsjahr. Es wurden vereinnahmt 1 654 048,55 M., verausgabt 1 608 455,94 M., der Kassenvorstand betrug also 45 592,61 M.

In der Diskussion wandte sich Herr Marxson, dem sich die Herren Kretzschmar und Bohne angeschlossen, gegen den Spielplan, der den Anforderungen einer aufgelockerten Arbeiterkategorie, die auf der Bühne doch auch Bilder ihres eigenen Lebens und Ringens sehen wollen, nicht entspricht. Was die vom Vorstand begrüßte die in dieser Kritik zutage tretenden Wünsche und schlägt die Wahl des Herrn Marxson in den künstlerischen Ausschuss vor. Der Vorsitzende und das Vorstandsmittglied Robert Schmidt verweisen auf die Schranken, denen die Vereinstleitung bei der Aufstellung des Spielplans unterworfen ist. Vor allem fehlt jede lebendige Fortentwicklung der dramatischen Produktion im sozialen und kritischen Geiste, wie wir ihn wünschen; dazu kommt, daß der Ausschuss in den gemieteten Theatern sich an das stehende Repertoire zu halten gezwungen ist. Bei den Wahlen zum Ausschuss wird für Stamper, der sein Amt wegen anderweitiger Arbeitsüberlastung niedergelegt hat, Marxson, ferner Herr Kretzschmar neu gewählt. Die übrige Zusammenfassung des Ausschusses, sowie die des Vorstandes, der Revisoren, Ordner und Obleute bleibt unverändert.

Käseverteilung. Bis Mittwoch, den 6. November, wird an diejenigen Kunden, die in den Spielzeitskunderlisten der in den Bezirken der 131., 168., 169. und 170. Prolongation gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Zur Regelung des Schuhwarenverkaufs veröffentlicht der Berliner Magistrat eine Verordnung nebst Ausführungsbestimmungen im heutigen Anzeigenteil des „Vorwärts“.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 8., von 11 bis 4 Uhr für den allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Im Sportpark Treptow werden am Sonntag zwei Läufe über je 50 Kilometer ausgetragen. Außerdem findet ein 15 Kilometerrennen statt. Ringerrennen vervollständigen das Programm. Die Rennen beginnen um 2 1/2 Uhr.

Neußölln: Stadtverordneten-Erwahlungen.

Morgen von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags finden in fünf Bezirken der dritten Abteilung Erwerbungen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Die bisherigen Mandatsträger sind teils in den Magistrat gewählt, teils nach außerhalb bezogen. Gewählt wird in 2., 7., 12., 20. und 23. Bezirk.

Die bürgerlichen Parteien haben entsprechend ihrer bisherigen Kriegstaktik auf die Auffstellung von Gegenkandidaten verzichtet. Wie wir hören, sollen auch die Unabhängigen die Absicht haben, sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

Von unseren Anhängern erwarten wir aber trotzdem, daß sie sich — ganz gleich ob uns schließlich noch im letzten Augenblick andere Kandidaten gegenübergestellt werden — restlos an der Wahl beteiligen und ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht nicht vernachlässigen. Für den 2. Wahlbezirk kandidiert der Genosse

- Eigentümer Oskar Freil.
- Wahllokal: Ferdinand Müller, Pflügerstr. 74.
- 7. Wahlbezirk: Kandidat
Genosse Hermann Ranze.
- Wahllokal: Wilhelm Hoffmann, Angengrabenstr. 3.
- 12. Wahlbezirk: Kandidat Genosse
Eigentümer Wilh. Schmidt.
- Wahllokal: Otto Pohl, Köstliche Allee 188.
- 20. Wahlbezirk: Kandidat
Genosse Leopold Barisch.
- Wahllokal: Franz Schön, Pflügerstr. 22.
- 23. Wahlbezirk: Kandidat
Genosse Hermann Voel.
- Wahllokal: Otto Salewski, Neuterstr. 91.

Parteiangehörigen, benutzt die kurze Zeit, die uns noch bis zur Wahl verbleibt, zu einer intensiven Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten, damit diese mit möglichst großer Stimmenzahl gewählt werden.

Charlottenburg. Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft. Die Stadtverordnetenversammlung nahm am Mittwoch einmütig einen aus den bürgerlichen Fraktionen unterstützten Antrag der Sozialdemokraten an, durch den der Magistrat ersucht wird, mit der Stadtverordnetenversammlung in gemeinsamer Deputation die Maßnahmen zu beraten, die städtischerseits für die Uebergangszeit vom Kriege zum Frieden, insbesondere auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitsvermittlung, der Fürsorge für den Mittelstand und der Wohnungsfürsorge, ergriffen werden können. Oberbürgermeister Dr. Scholz schloß sich der durch Genossen Dr. Borchardt gegebenen Begründung des Antrages an; er erklärte, daß auch der Magistrat sich bereits mit dem Gedanken der Ergründung von Maßnahmen für die Uebergangszeit trage und daß er bereit sei, dem Ratgeber beizustehen und die Deputation sobald wie möglich zu beraten. Der Deputation, die sofort gewählt wurde und die ihre Arbeiten schon in der nächsten Woche beginnen wird, gehören von den Sozialdemokraten die Genossen Gebert und Hirsch an.

Bei der Vorlage betr. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Weihnachtsgeschenken für das Feldheer reagierte Gen. Scharenberg die Bewilligung einer besonderen Summe für Kriegsgeldgenossen an, was aber infolge einer entgegenkommenden Erklärung des Oberbürgermeisters die Anregung zurück. Die Vorlage wurde unverändert genehmigt.

Einem besonderen Ausdrucks überwiegt die Versammlung die Magistratsvorlage betr. Erweiterung des städtischen Wohnungsnachweises. In der Debatte nahm Oberbürgermeister Scholz die Gelegenheit wahr, die neulich vom „Vorwärts“ gebrachte Notiz, daß Charlottenburg sich beharrlich weigere, Kleinwohnungen zu bauen, als falsch zu bezeichnen. Er erklärte, daß die bekannte Baurordnung für den Norden Charlottenburgs, in der Jungfernschloß und in Westend, die die Verabreichung jener Gebiete verläßt, ganz plötzlich durch den Polizeipräsidenten erlassen ist; Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hätten einmütig dagegen protestiert. Das ist richtig; aber an der Tatsache, daß Charlottenburg bisher den Kleinwohnungsbau vernachlässigt hat, wird dadurch nichts geändert. Wir wollen hoffen, daß es bald anders wird.

Lodz.

Das gelobte Land.

Monat von W. St. Reumont.

„Seine Ehrung! Aber wenn sie nicht gelingt?“ Er verzog verächtlich und nervös den Mund und sah auf die Tür. Schritte glaubte er zu hören und Waffengerassel. Es war Unbildung. Vachselnd ging er an das Studium der Bilanz der Porzellanfabrik. Die ganzen Akten und Papiere fand er in den Notizen und Rechnungen vor, die ihm ein Angestellter aus dem Vau-lontor, auf den er sich verlassen konnte, abgeschrieben hatte. Karl dagegen versprach sich feierlich, obwohl er scheinbar auf die Erhaltung der Beteiligung von Moritz einging, es nicht zuzulassen, und hoffte, irgendeinen Ausweg zu finden, um wenigstens Moritz ganz aus dem Kompagniegeschäft aus-schließen zu lassen. Zu gut kannte er Moritz, als daß er ihm hätte Vertrauen schenken können. Uebrigens machte er sich schon lange Gedanken über die Unzuverlässigkeit, mit der sich Moritz ihm seit einiger Zeit anhängte und die bei einem Menschen, dem der Rubel als höchstes Dogma galt, seltsam war. Er beschloß, noch vor-hörlicher zu sein.

Moritz fürchtete er nicht, weil er seine Ehrlichkeit kannte und auch wußte, daß ihm viel Arbeit und der Schein der Selbstständigkeit zu seinem Glück genügen.

Moritz wollte bloß in seinem eigenen Betrieb arbeiten, es war ihm aber gleichgültig, ob die zehntausend Rubel, mit denen er sich betätigte, ihm zehntausend Pfennig tragen würden, oder ob er bloß von dem Gehalt leben würde, das er für die Leitung der Spinnerei und der Weberei erhalten sollte.

Vor Moritz fürchtete sich Karl dagegen sehr. Er mußte sich sehr in acht nehmen in dem Kampf: „Wer beschwichtigt den anderen zuerst?“

Die Erwähnung Müllers hatte Karl ein wenig aufgeregt. Anka wohnte nun schon in Lodz, in der Stadt war es schon bekannt, daß sie seine Braut war. Heiraten mußte er sie nun.

Nur zu oft wurde er daran erinnert und mußte daran denken. Fürchte er doch die Bauten zur Hälfte für ihr Geld aus.

In seinem Innersten glaubte er aber nicht an seine Heirat mit ihr und brach deshalb nicht ganz mit Made, verlebte wie die kurzen, scheinbar zufälligen Besuche bei seinen Nachbarn und war auch auffallend höflich zu ihr.

Ganz bewußt trieb er dieses Doppelspiel. Er wußte zwar noch nicht, welches Ende es nehmen würde und wie weit er es treiben sollte, weil zunächst vor allem seine Fabrik fertig werden mußte.

Die Vorurteile, von denen Moritz sprach, und die Kämpfe, die Karl gegen sie führte, waren lediglich Idemee, Heber-bleibsel, die letzten Splitter einer längst in Trümmern liegenden Ethik, eine summarische Zusammenfassung automatische Worte. Nichts weiter; denn sie selbst und ihr Inhalt beeinflussten absolut nicht seinen Willen und sein Handeln, beeinflussten nicht seine Entschlüsse.

Nicht die Vorurteile störten die offene Rundgebung seiner Bestrebungen, das offene Tür und Lassen dessen, was er für notwendig hielt, sondern allein Scham und Rücksicht auf den Vater; die diese Ethik der gesellschaftlichen Lebensformen war es, die ihn an der Vollbringung des Bösen in einer krassen und brutalen Form hinderte.

Zu gut erzogen war er, um Schurkereien zu begehen. Er war einfach organisch unfähig, Toten zu begehen, die Moritz mit ganz kaltem Blut und der größten Ruhe ausgeführt hätte.

Er hätte es nicht verstanden, seine eigene, hochverschleierte Fabrik anzuzünden, oder das ihm entgegengebrachte Vertrauen zu täuschen, oder die Arbeiter auszubedenken. Das wäre ihm zu gemein erschienen. Vor solchen Mitteln ekelte er sich und verachtete sie vom kulturellen Gesichtspunkt aus.

Es gab ja so viele andere Mittel Geld zu machen. . . Das Böse hatte für ihn einen Wert nur dann, wenn es notwendig war und sich verlohnte. Die Jugend liebte er, weil sie schöner war, und verehrte sie, wenn sie größeren Gewinn abwarf.

Er lächelte zynisch bei diesen und ähnlichen Gedanken, die ihm im Augenblick durch den Kopf gingen, doch fühlte er eine große Bitternis und Trauer bei den Gedanken über sich selbst.

„Schließlich — als Abschluß von allem: der Tod!“

flüsternte er und begann die Post durchzusehen.

Er las bloß einen Brief von Luch, die ihn unbedingt morgen sehen wollte, den Rest hob er sich für später auf und

ging jetzt zu Morz ins andere Zimmer. Seit dem Tode der Mutter hatte er mit ihm fast gar nicht gesprochen.

„Was hört man bei deinem Vater?“

„Ich hatte keine Zeit, ihn zu besuchen.“

„Hat Trawinski die Wechsel eingelöst?“

„Ja, das nützt doch alles nichts.“

„Warum?“

„Mit dem Alten ist's aus. Von den fünf-hundert Web-

früsten arbeiten nur noch zwanzig! Drei Monate noch, höchstens ein halbes Jahr, und die Fabrik geht ein, zusammen mit ihr.“

„Ist etwas Neues vorgefallen?“

„Nein, nur mit viel größerem Schwung geht alles dem Ende entgegen. Die lieben Schwäger werden ihm den Rest geben. Sie verlangen schon offiziell die Teilung des mütterlichen Nachlasses.“

„Ein ganz natürlicher Wunsch.“

„Nun ist es auch gleich. Er läßt sie machen, was sie wollen. Sie sollen die Baupläne verkaufen und ihm nur die Fabrik lassen. Ganze Tage lang sitzt er im Kontor mit Justu Jaskulski, geht auf den Friedhof und schlendert nachts in der Fabrik herum. Beglückwünscht Melancholie. Na, lassen wir es, ich wollte dir nur sagen, daß du auf Moritz aufpassen sollst.“

„Warum? Weißt du etwas?“ fragte Karl lebhaft.

„Ich weiß noch nichts, aber an seiner Schenke verlor ich schon, daß er eine Schurkerei zumaligt. Zu viele Pleite-macher kommen zu ihm.“

XI.

„Was brütest du denn so aus?“ fragte Karl am anderen Morgen beim Tee.

„Geschäfte, meine Geschäfte“, erwiderte Moritz, die Augen von seinem Glas erhebend, das er in Gedanken verfunken mit beiden Händen vor sich hielt.

„Das heißt also Geld?“

„Achtziges Geld. Ich will grad zwei Operationen vornehmen. Wenn sie gelingt, dann komm' ich auf die Weine. Das Geld kriegst du nachmittags. Und was ist mit der Baumwolle?“

„Verkauf sie nach nicht! Ich hab' eine Idee.“

„Warum hat mich Morz so schief angequackelt. Nicht mal Guten Tag hat er mir gesagt und ist fort?“

„Weiß nicht. Gestern sagte er mir bloß, daß er in deinem Gesicht eine neue Schurkerei gelesen hat, daß du etwas vorhast. . .“

(Fortf. folgt.)

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kottbuser Damm Willersdorfer Strasse

	2 Honigläser mit Deckel 95 Pf.
	3 Wassergläser 95 Pf.
	2 Eisschälchen auf Füßchen 95 Pf.
	1 Senftopf Premuster ... 95 Pf.
	3 Likörgläser auf Fuß ... 95 Pf.
	1 Butterdose verschiedene Muster ... 95 Pf.
	3 Likörbecher mit Goldrand 95 Pf.
	1 Aschbecher schwarz, Press- muster ... 95 Pf.
	2 Kompottschälchen Diamantmuster ... 95 Pf.
	1 Kompot- schale verschiedene Formen 95 Pf.
	2 Hyazintengläser weiss od. bunt 95 Pf.

Weiss Porzellan

- 3 Obertassen 95 Pf.
- 10 Untertassen 95 Pf.
- 2 Abendbrotteller 95 Pf.
- 3 Kuchenteller 95 Pf.

Bunt Porzellan

- 2 Kaffeebecher mit Kinder
bildern 95 Pf.
- 1 Hyazintenf. mit Gold-
rand 95 Pf.
- 1 Kuchenteller mit Unter-
tasse und Schrift. 95 Pf.

Wirtschaftsartikel

- 1 Esstöffel 95 Pf.
- 1 Essgabel 95 Pf.
- 2 Teelöffel 95 Pf.
- 1 Nagelbürste 55 Pf.
- 1 Zahnbürste 95 Pf.
- 1 Abstreifer 95 Pf.
- 1 Frühstückstrott 95 Pf.
- 1 Quirlbrett Ahornholz ... 95 Pf.
- 1 Schneeschläger 95 Pf.
- 1 Dose Messerputzschmirgel 95 Pf.

Steingut

- 1 Tasse mit Untertasse und
Rand 95 Pf.
- 3 Kinderteller tief oder flach 95 Pf.
- 2 grosse Obertassen ... 95 Pf.
- 2 Abendbrotteller 95 Pf.

Essteller Emaille

- 1 Essteller 95 Pf.
- 1 Schöpf-
löffel 95 Pf.
- 1 Schaumlöffel 95 Pf.
- 1 Trinkbecher 95 Pf.
- 1 Topfdeckel 55 Pf.

	1 Scheuerbürste 95 Pf.
	1 Kohlschaufel 95 Pf.
	1 Brotmesser 95 Pf.
	1 Deckelhalter 95 Pf.
	3 Backformchen 95 Pf.
	1 Vorratsdose mit Ranken. 95 Pf.
	2 Leuchter mit Porzellanfüßen 95 Pf.
	3 Gewürzdosen 95 Pf.
	1 Reibstein 95 Pf.
	1 Kaffeebecher Porzellan mit reicher Kantenverzierung 95 Pf.
	1 Schokkasten verschied. Muster 95 Pf.
	1 Blumenvase Porzellan, mit Verzie- rung und Goldrand 95 Pf.
	1 Packform 95 Pf.

Küchengeräte

- 1 Kuchenteller 95 Pf.
- 2 Kaffeebecher weiss oder
bunt ... 95 Pf.

Schreibwaren

- 1 Briefbogen 95 Pf.
- 50 Jani-Umschläge 95 Pf.
- 2 Mappen gutes Briefpapier
mit Umschlägen 95 Pf.
- 25 Kartenbriefe mit Einlage 95 Pf.
- 100 Postkarten m. od. ohne
Feldpost 95 Pf.
- 50 Papier Mundlöcher 95 Pf.
- 100 Lagen Bailliebrotpapier 95 Pf.
- 25 Berliner Ansichtskarten 95 Pf.
- 1 Tuschkasten mit
guten Farben 95 Pf.

Spielwaren in größter Auswahl

Die schönsten Erzeugnisse der Herbstmode

In eigenen Werkstätten hergestellt, fallen meine Lager in reicher Auswahl.

Jackenkleider wie Abbildung v. 185,-
Ulster wie Abbildung v. 140,-
Breitschwarz-, Astorian- u. Plüsch-Mäntel
Röcke o. Blusen

Oskar Wollburg
BERLIN, N. BRUNNENSTR. 56 u. 57.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die 4 1/2 % Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 1/2 % Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII können vom 4. November d. J. ab in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankstellen mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der Umtauschstelle für die Kriegsanleihen in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet eingetragen sind, während der Geschäftszeiten der genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankstellen erhältlich.

Räumen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Mit dem Umtausch der Zwischenscheine für die 5 % Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Anhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Oktober 1918.

Reichsbauf-Direktorium.
L. Spenner, v. Grimm.

1. Hül. Spezialgeschäft für Uhren.

Nachts leuchtende Militär-Ankeruhr 17 1/2 Pf.

Meine Militär-Ankeruhr Nr. 1750 haben einfache praktische Konstruktion, sind praktisch u. zuverlässig im täglichen Gebrauch u. daher die beliebtesten Uhren für das große Publikum geworden. Sie sind in allen Teilen der deutschen Armee im aktiven Dienste zur vollen Zufriedenheit im Gebrauch. Man stehe sich durch die Ankeruhr ein zuverlässigeres Zeitsymbol, als die gewöhnlichen Uhren. Diese Militär-Ankeruhr sind bis zum Preis 17,50 Mk. mit Goldgehäusen od. Stahlgehäusen 19,50 Mk. erhältlich.

E. Möbis, 14 Beuthstraße 14
(Verkauf nur im Laden)
Gegründet 1903.

Königl. Preussische Klassenlotterie

Hauptziehung 8. Nov. bis 4. Dezbr.

Achtel-Lose 25 M. — Viertel-Lose 50 M.
Halbe Lose 100 M. — Ganze Lose 200 M.

noch zu haben bei
**Kröger, Königl. Preussischer
Friedrichstr. 192-93, an der Leipziger Str.**

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 2 mal wöchentlich. Unterverbindende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Bad-Anstalten	Kurtier, Bier, Käse	Mönchener Brauhaus
Central-Bad Blana-Bad Passage-Bad	Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.	Berlin und Oranienburg
Pensionen, Garnitur,	Gebroder Manns 48 eigene Detailgeschäfte	Weissbier, C. Breithaupt, Pallasenstr. 97 Tel. Ego. 2031, 2142
K. Baus, Hirtfelder Str. 44. A. E. Lange, Brunnenstr. 105 Eisen, Stahl, Waffen, Wägen, Carl Jung, Brunnenstr. 51. Kühlmann, P. Mühlent. 40a, E. Beest	Schröter, R. 43 Derkumstr. 43	Marren u. Knabenschard Bubert. 36, Ecke Prinzen-Allee.
Essigfabrik	August Holtz 14 Detail- Geschäfte.	Hüte, Mützen, Pelzwaren
Timmer-Essig überall erhältlich!	Fisch- u. Wurstw. Otto Kengel, Alte Janobstr. 24.	Vester, E. Kottbuser- Damm 14/19
Brauerei Bützow empfehltes Qualitätsbier ersten Ranges.	Mehlmüllereien	Photogr. Apparate
	Bethke, Georg, Brauer- Str. 44, Uferstr. 22, Kaiser-Friedr. Str. 64, Wasserstr. 133, Friedländer 23 Treppow, Grün-Str. 41.	H. Albrecht 80, Kottbuser Str. 1, auch Gelegenheitsk.
Zünftartige Kleinwohnungen mit Bad, 10 qm Wohnfläche, Boden, Keller und Abtritt, 100-150 qm eigenem Garten, sollen als Eigentum im nördlichen Bezirk neben Bahnhöfen und Straßenbahn errichtet werden. Wer sich ein solches Eigenheim sichern will, sende über 3000 M. Anzahlung per Post, welche keine Verzinsung unter G. 3. Hauptverwaltung des „Vorwärts“.	Zahngebisse, Blatt, Dr. 750, Tauff- Frau Wagner, Raffstr. 18 I (Alexandersplatz)	Hugo Selig 60 Filialen in allen Städten. Herm. Meyer & Co. Act. ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.

Seeben erschien:

HERMANN STEHR

Der Heiligenhof

Zwei Bände / 731 Seiten auf hochfeinem Papier
Preis geb. 14 Mark, in Leinen 20 Mark

Mit einer die höchsten Gipfel robernden Energie entwickelt die Dichtung Stehrs reale Verhältnisse zu einer Sinn und Widersinn, Geist und Widergeist umfassenden Menschheitsgeschichte. Über einfachem Grundriß erhebt sich das kunstvolle, gewaltige Gebäude.

S. Fischer Verlag Berlin

Cognac Weinbrand Cognac Verschnitt

Jamaika-Rum
Wermut-Wein Oesterreicher Süßwein
Portwein Malaga
Bordeaux Rot-, Rhein- und Moselweine
allerfeinste Tafel-Liköre offeriert

an Verbraucher
Bernhard Brauer, Weingroßhandl.
Friedrichstr. 207. Berlin SW. 68. Amt Zentrum 640.

Helfer) Wir werden niemals zugeben, daß über das Schicksal des deutschen Volkes aus dem Grabstein oder in Oßbald entschieden wird. Die deutschen Sozialdemokraten betrachten es als die einzige Sicherung des Volkes, vor solchen dynastischen und anderen Plänen die Konstituierung Deutschösterreichs als Republik.

In Ungarn.

Auch in Ungarn ist der Uebergang der vollziehenden Gewalt an den Nationalrat unter dem Jubel der Bevölkerung erfolgt. Die Staatspolizei und die Militärpolizei haben sich dem Nationalrat zur Verfügung gestellt. Der Nationalrat hat den Oberstadthauptmann Sandor sowie seine beiden Stellvertreter ihrer Stellungen enthoben. Zum obersten Polizeichef wurde Dr. Diez ernannt.

Die Gasthäuser dürfen nur Speisen, nicht geistige Getränke verabfolgen, die Branntweinschenken sollen geschlossen bleiben. Eine weitere Verordnung besagt, daß die Oesterreichisch-Ungarische Bank, die elektrischen Straßenbahnen, die Druckereien und alle Lebensmittelgeschäfte ihren Betrieb fortsetzen sollen. Unter dem unbefruchteten Jubel der Menge erscheint ein Truppenkommando und Regiment nach dem anderen vor dem Sitz des Nationalrats, wo der Nationalrat ihnen regimentsweise den Eid abnimmt. Die Donaumonitoren-Flottille erklärte, daß sie als militärischen Kommandanten den Vollzugsausschuß des Nationalrats anerkenne. Gobe Militärsuchen in immer größerer Anzahl den Nationalrat auf, um ihm den Treueid zu leisten und sich ihm zur Verfügung zu stellen.

Die gesamte militärische und bürgerliche Gewalt Ungarns ist in die Hand des Präsidenten des Nationalrats, Grafen Michael Karolyi. Der ungarische Nationalrat bittet das Volk, wieder zur Arbeit zurückzukehren. Der große Streik hat in sehr kurzer Zeit sein Ziel erreicht, zu einer weiteren Arbeitseinstellung liegt keine Notwendigkeit vor.

Verhaftung und Flucht.

Der Statthalter von Triest, Freiherr von Fries-Stene, wurde auf einer Automobilfahrt durch Laibach verhaftet; dasselbe Schicksal ereifte andere hohe deutsche Beamte aus dem Küstenlande. Der Landespräsident von Krain, Graf von Aitem, verließ Laibach. Feldmarschallleutnant Ivanowitsch wurde vom slowenischen Nationalrat zum Kommandanten aller slowenischen Truppen ernannt.

Fiume in italienischer Hand.

Wien, 1. November. Die Blätter melden aus Fiume: Die italienische Flotte ist Mittwoch abend aus Fiume der italienischen Einwohner, welche die Herrschaft der Südslawen in Fiume nicht anerkennen will, in Fiume eingelaufen. Wie im Hafen befindlichen Schiffe hatten italienische und amerikanische Flaggen gehißt.

Prinz Hohenlohe bleibt.

Der österreichisch-ungarische Vizekanzler in Berlin, Prinz Hohenlohe, hat um Enthebung von seinem Posten gebeten. Auf Wunsch der maßgebenden Stellen zog Prinz Hohenlohe diese Bitte zurück.

Frankreich und Deutschösterreich.

Genf, 31. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Temps“ polemisiert gegen jene, welche die Ostböhmer und die österreichischen Wälder in einen Föderationsstaat hineinzwingen wollen. Man müsse allen österreichischen Wäldern ihre freie Organisation ermöglichen, auch den Ostböhmer, deren Lage tragisch sei. Die Alliierten können das Kabinett Lammasch nicht ernst nehmen, aber mit den bescheidenen Vertretern der Ostböhmer können sie reden und eventuell Hilfe gegen den Dungen gewähren.

Der Rückzugskampf in Nordfrankreich.

Das Scheldetal unter Wasser gesetzt.

Amsterdam, 31. Oktober. Nach einem heftigen Sturme teilt der Sonderkorrespondent der „Times“ bei der englischen Armee mit, daß die Deutschen durch die Zerstörung der Schleusen das ganze Scheldetal von Valenciennes bis 6 Meilen nördlich von Conde unter Wasser setzen und in einen See von 4 Meilen Breite verwandeln. Von Valenciennes bis zum Kanal ist das ganze Land überschwemmt, und das Wasser ist noch immer im Steigen begriffen, so daß die Stadt von Norden und Süden aus nur sehr schwer zu erreichen ist.

Gröner Nachfolger Ludendorffs.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Generalleutnant Gröner ist als Nachfolger des Generals Ludendorff zum Ersten Generalquartiermeister ernannt worden und hat, wie der heutige Heeresbericht zeigt, seinen neuen Posten bereits angetreten.

Künftig alle Versammlungen erlaubt!

Bedeutender Abbau von Zensur und Belagerungszustand.

Die neue Volksregierung hatte die Oberzensurstelle dem Staatssekretär Gröber und das Kriegspressesamt dem Staatssekretär Erzberger unterstellt, aber es bestanden noch die alten Vorschriften fort, und die einzelnen Militärbefehlshaber arbeiteten trotz der neuen Zeit ganz nach dem alten Schema weiter. Sie verboten Friedensversammlungen, lösten politische Zusammenkünfte auf, verboten Zeitungen und beschlagnahmten die harmlosesten Broschüren. Gerade in den letzten Tagen schien eine geheime Verabredung zu bestehen, daß die Zensur noch einmal zeigen wollte, wie viele Dummheiten sie zu machen imstande ist.

Kunze hat das Kriegsministerium durch diese Zensurdummheiten einen dicken Strich gemacht. In Zukunft werden alle öffentlichen und nichtöffentlichen politischen Versammlungen genehmigt, nur die Anmeldepflicht ist geblieben.

Die Zensur ist zu beschränken auf das engste Gebiet der taktischen Operationen, der strategischen Pläne und der Herstellung des Kriegsgüter. Die neuen Anordnungen sollen sofort den Provinzstellen zugehen.

Beamte, die sich in den Geist der neuen Verordnung nicht finden wollen, werden, wie Staatssekretär Trimborn im Reichstag mit Nachdruck erklärte, ihre Verabschiedung zu gewärtigen haben.

Die Berliner Luft. Die „Deutsche Zeitung“ freut sich, daß der Kaiser sich durch eine Reise ins Hauptquartier den zersetzenden Einflüssen, die sich in Berlin auf ihn geltend gemacht haben, entziehen hat. Der Oberbürgermeister Dr. Mann von München erklärte am 27. Oktober in einer Ansprache, daß die Kämpfer der neuen Regierung „in Berlin von einer politischen Luft umweht sind, die sich noch nie als besonders erfreulich und heilsam erwiesen hat.“ — Wir begrüßen die Abneigung gewisser Leute gegen die Berliner Luft, in der das alte deutsche Gewächs so gar nicht gedeihen will.

Für die Gleichberechtigung der Frauen!

Ein gemeinsamer Schritt der Frauenverbände aller Parteien.

Der „Gleichheit“ (Nr. 3), Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, entnehmen wir, daß die führenden Frauen aller Richtungen, mit Ausnahme der Unabhängigen, um eine Unterredung beim Reichskanzler und seinem Stellvertreter nachgesucht haben. Das Schreiben ist den Staats- und Unterstaatssekretären zur Kenntnisnahme überliefert worden. Es lautet:

In rascher Entwicklung vollzieht sich im Deutschen Reich die Umbildung der Regierung in eine parlamentarisch-demokratische Mehrheitsregierung.

Sie stellt sich die Aufgabe, die volle Demokratisierung des öffentlichen Lebens zur Durchführung zu bringen, allen Bedürfnissen vollkommene Freiheit und Selbstbestimmung zu sichern.

Den Forderungen der Frauen aber, die auch in Deutschland bereits seit Jahrzehnten um politische Gleichberechtigung kämpfen, hat diese Entwicklung bisher noch keinerlei Rechnung getragen. Es erscheint ihnen deshalb dringend notwendig, vor den Leitern der neuen Reichsregierung ihre Forderungen nochmals eingehend zu begründen und deren Stellungnahme dazu kennenzulernen.

Zu diesem Zweck ersuchen die Unterzeichneten als Vertreterinnen der in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisierten Frauen, der in der Fortschrittlichen Volkspartei organisierten Frauen, der in der Nationalliberalen Partei organisierten Frauen, der in den Freien Gewerkschaften Deutschlands organisierten Frauen, sowie der Frauen des Deutschen Frauenausschusses für bauernden Frieden, des Deutschen Reichsverbandes für Frauenstimmrecht, des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes, des Bundes Deutscher Frauenvereine, der 58 große Verbände der gesamten interkonfessionellen Frauenbewegung Deutschlands vertritt, den Herrn Reichskanzler ergebenst, sie baldigst für eine persönliche Rücksprache empfangen und Tag und Stunde für eine solche sämtlichen Beteiligten zur Mitteilung bringen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands: Marie Juchacz. Die Frauen der fortschrittlichen Volkspartei: Helene Lange. Die Frauen der Nationalliberalen Partei: Klara Rende. Das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Gertrud Hanna. Der Deutsche Frauenausschuß für bauernden Frieden: Lida Gustaba Heymann. Der Deutsche Reichsverband für Frauenstimmrecht: Marie Stritt. Der Deutsche Frauenstimmrechtsbund: Anila Augsburg. Der Bund Deutscher Frauenvereine: Dr. Gertrud Bäumer.

Es ist dringend nötig, diesen so wichtigen Schritt der Führerinnen der gesamten Frauenbewegung zu unterstützen. Das können die Frauen tun, indem sie recht zahlreich die am Montag, den 4. November, abends 8 Uhr, in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18, (Gadefahr Markt) stattfindende Frauenversammlung besuchen. Eintrittskarten sind u. a. im sozialdemokratischen Bezirkssekretariat Groß-Berlin, Vindensstraße 3, zu haben.

Parlamentarische Minister in Sachsen und Bayern.

Die sächsische Reform von beiden Kammern angenommen.

Die Zweite sächsische Kammer verhandelte in ihrer Sitzung vom 1. November über den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über eine veränderte Zusammensetzung des Gesamtministeriums. Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage mit 75 gegen 3 Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Auch die Erste Kammer verhandelte am gleichen Tage über denselben Gesetzentwurf. Das Haus beschloß einstimmig und ohne Aussprache mit allen anwesenden 88 Stimmen die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Es handelte sich, wie wir bereits mitteilten, um die Schaffung von — vorläufig vier — parlamentarischen Ministern ohne Portefeuille.

Die Ernennungen sind einer letzten Nachricht aus Dresden zufolge inzwischen erfolgt, sie entsprechen unserer Voraussage: Staatsminister ohne Portefeuille werden unsere Genossen Frähdorf und Heldt, der fortschrittliche Abgeordnete Günther und der nationalliberale Abgeordnete Nischke.

Einigung der Parteien in Bayern.

Nachdem die Sozialdemokratie schon einmal wegen mangelnden Entgegenkommens der bürgerlichen Parteien die Verhandlungen hatte abbrechen müssen, ist es in neuerlicher Besprechung der Fraktionen mit der Regierung endlich zu einer Einigung gekommen.

Nach den getroffenen Vereinbarungen wird die Bildung der Regierung im Einvernehmen der Krone mit der Volksvertretung erfolgen. Das gegenwärtige Ministerium bietet keine Entlassung an. Drei Minister — der Justizminister, der Finanzminister und der durch seinen Neberdelaß als Gegner der Arbeiterorganisation berichtigte Verkehrsminister — scheiden endgültig aus. Sie werden durch drei Parlamentarier (einen liberalen Landtagsabgeordneten und zwei Zentrumsabgeordnete) ersetzt. Außerdem wird das Ministerium durch drei parlamentarische Minister ohne Portefeuille, nämlich einen Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratie und der vereinigten Bauernbündler der Konservativen ergänzt. Nach erfolgten Reueablen wird in dieser Richtung eine weitere Vervollkommnung eintreten.

Herner wird die Verhältniswahl durch das ganze Land eingeführt werden. Das Zentrum hat seinen bestigen Widerstand gegen den allgemeinen Landesproporz unter dem Zwang der Verhältnisse aufgegeben.

Ebenso ist über die Umgestaltung der Reichsratskammer eine Verständigung erzielt worden. In Zukunft werden Beisitzer der Abgeordnetenkammer, wenn auch die Reichsratskammer ihnen nicht bestimmt, dennoch Gesetzeskraft erlangen, sofern die Abgeordnetenkammer in einer zweiten Abstimmung auf ihrer Durchführung beharrt.

Verteilung „nationaler Christen“.

Superintendent Ebel erklärt die Verfassungsreform für null und nichtig.

Ein „ethrenphiler Aufruf an den Deutschen Reichstag“, unterzeichnet mit Nationale Vereinigung deutscher Christen (Ebel, Superintendent), erklärt die bereits geschehenen Verfassungsänderungen, weil der Reichstag überständig und ohne Vollmacht war und weil die mitwirkenden Faktoren wegen der Not des Vaterlandes in Zwangslage handelten, für null und nichtig. Als Dis-

preußen, die die beschworene Treue halten wollen, fordern sie ihren König von Preußen in seiner ganzen geistlichen Gewandtheit, heilig vertrieben Herrscherthum zurück. Mit den Volkstribunen, welche kommen und gehen, sondern dem künftigen Führer aus dem Hohenlohergeschlechte wollen wir folgen. Sofort aus einem Willen, der das ruhmreiche Heer entehren, den Kaiser entthronen, die Herrscher entlassen und seinen Gewaltfrieden mit aller politischen Entredung und wirtschaftlichen Verelendung und aufbringen will, aufgekündigt werden.“

Herr Ebel ist unseres Wissens einer der Mitbegründer der „Vaterlandspartei“. Es ist ganz gut, wenn das Volk diesen Herrn näher kennen lernt.

An die Arbeiter des Geistes.

Neden von W. Heine, Raumann und Wyncken.

An die Arbeiter des Geistes wandten sich die Veranlasser einer öffentlichen Versammlung, die gestern abend unter massenhaftem Andrang in den Prachtsälen des Westens abgehalten wurde.

Der erste Redner, Genosse Wolfgang Heine, rief die geistigen Arbeiter, die Intellektuellen, auf, mitzuarbeiten an der Befreiung der neuen Zeit, die jetzt für Deutschland angebrochen sei. Nicht, daß er die Arbeiter des Geistes als die besessenen Führer des Volkes ansah. Sie hätten in der Vergangenheit viel geleistet und hätten viel wieder gut zu machen. Aber es werde viel von ihnen abhängen, ob der Weg, an dessen Anfang das neue Deutschland stehe, noch ein langer sein werde, und wie sich die Verhältnisse im neuen Deutschland gestalten werden.

Der zweite Redner, Dr. Friedrich Raumann, führte aus, daß wir alle Kräfte der Nation brauchen, um uns durch die bevorstehende arme und harte Zeit durchzuwerfen. Wir dürfen den Glauben an die Kraft des deutschen Volkes auch nach der Niederlage nicht aufgeben.

Dr. Gustav Wyncken, der dritte Redner, forderte die Jugend auf, sich nicht einfangen zu lassen von den Geiseln der alten Zeit, die zur nationalen Verteidigung, zum letzten Bezweckungskampf auffordern. Ein Frieden der Ungerechtigkeit, den uns die Hebermacht aufzwinge, sei keine Schande für uns.

Günstig wurde die Rede Wynckens durch Zwischenrufer unterbrochen, die ihm vorhielten, früher habe er die Jugend in entgegengekehrtem Sinne beeinflusst. Jetzt werde die Jugend sich selber helfen.

Für die deutsche Einheit. Unser Parteiblatt, die „Münchener Post“, warnt alle Volkstreue Bayerns vor Bestrebungen, die zur Auflösung der bestehenden deutschen Staaten-gemeinschaft führen können. Jeder Deutsche, dem Ansehen und Freiheit seines Volkes am Herzen liegen, kann sich nur der europäischen demokratischen Bewegung anschließen.

Letzte Nachrichten.

Wieder eine Kundgebung Hindenburgs.

Berlin, 1. November. Am 1. d. M. In steigender Zahl gehen mir in diesen Tagen von Körperschaften, Vereinen, Versammlungen und einzelnen Personen Kundgebungen des Vertrauens und der Ergebenheit zu. Es ist mir unmöglich, sie einzeln zu beantworten, wie ich es gern läte. Ich muß mich darauf beschränken, den Einsendern hiermit herzlich zu danken.

Allen denen, die in Sorge um unser geliebtes deutsches Vaterland Zuspruch bei mir suchen, aber auch jedem anderen Deutschen rufe ich zu: „Es geht jetzt um unsere Ehre, Freiheit und Zukunft! Unüberwindlich sind wir, wenn wir einig sind. Ein jeder sehe in dem anderen nur den deutschen Kameraden! Ungebrochen schließt seit mehr als 50 Monaten unser Heer den heimatlichen Boden. Start, opferbereit und geschlossen muß die Heimot hinter dem Heere stehen. Ist es so, dann wird unser deutsches Vaterland allen Stürmen trotzen!“

Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Oesterreichisches Schlachtschiff in Pola von Italienern versenkt.

Wien, 1. November. Die Maxinektion teilt mit: Auf bisher nicht aufgeklärte Weise drangen heute morgen nach der Liebergais der Flotte an den südslawischen Nationalrat mehrere italienische Seesoffiziere in den Hafen von Pola ein, legten eine Mine an das Schlachtschiff Viribus Unitis und brachten es zum Sinken. Stab und Mannschaft sind größtenteils gerettet.

Die englische Frauenwahlrechtsbill.

Rotterdam, 1. November. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London erfährt, besteht der Gesetzentwurf, den Lord Robert Cecil gestern im Unterhause einbrachte, nur aus einer Bestimmung, die folgendermaßen lautet: Eine Frau wird nicht wegen ihres Geschlechts oder weil sie verheiratet ist, unbesugt sein, als Mitglied des Unterhauses des Parlaments gewählt zu werden, und darin Sitz und Stimme zu haben. Ueber das Lebensalter wird nicht gesprochen; obwohl die Frauen vor dem dreißigsten Jahre das Stimmrecht nicht ausüben können, können sie mit 21 Jahren ins Parlament gewählt werden.

Ruhe in Prag.

Wien, 1. November. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Der gestrige Tag verlief in Prag ruhig. In allen Geschäften und Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, und nur die zahlreichen besetzten Häuser erinnern an die letzten bewegten Tage. Nach der gestrigen Vollziehung des tschechischen Nationalausschusses konstituierte sich der Ausschuß für nationale Verteidigung. Zum Präsidenten wurde der agrarische Abgeordnete Ubrgal, zum Vizepräsidenten der sozialdemokratische Abgeordnete Kobracz! ernannt. Wie „Pravo Lidu“ meldet, wird der Nationalausschuß Aushebung der vier jüngsten Jahrgänge ausführen, welche er jetzt zur Sicherung des Landes und Ordnung benötigt. Die Maßnahme soll nur vorübergehend sein. Das neue tschechische Regiment ist durch freiwillige Anmeldungen am gestrigen Tage auf 2000 Mann angewachsen, ein zweites Regiment wurde in die in aufgestellt. Im Laufe des Abends soll die Heimkehr der ungarischen Soldaten aus Prag erfolgen, da man befürchtet, daß sich die in der Josefstadt befindlichen Soldaten des ungarischen Infanterieregiments Nr. 2 der Entwaffnung widersetzen würden, wurden in zwei Häusern gegenüber der Kaiserin Maschinengewehre aufgestellt. Die Entwaffnung ging jedoch glatt vor sich, die in der Aufesberggasse und im Zeughaus untergebrochen ungarischen Soldaten widersetzten sich der Waffenablieferung und lichen sich von der Nationalmiliz erst nach längerer Zeit dazu bewegen, die Waffen auszuliegen. In den späten Abendstunden verließen die ungarischen Soldaten truppweise und reisefertig die Kasernen. Heute nachmittag reisen die noch in Prag weilenden deutschösterreichischen Soldaten, einige hundert an der Zahl, ab.

Mängelicht-Gaskronen 3flammig, echt Bronze Stück 85.—

Warenhaus Wilhelm Stein

Chausseestraße 70-71

BERLIN N

Chausseestraße 70-71

2 Gasplättchen und 1 Erhitzer Mark 24.50

Porzellan mit kleinen Fahlern, kobaltblau Rand und Goldlinie

Speiseteller ... Stück 1.75
Mittelteller ... Stück 1.25
Kompotteller ... Stück 75 Pl.
Terrinen ... Stück 10.95
Kartoffelschüssel m. Deckel St. 8.95
Tunkenschüssel ... Stück 6.25

Salatnapfe □ St. 3.95 4.95 5.95
Gemüseplatten flach . Stück 4.95
Gemüseplatten tief . . Stück 4.95
Bratenplatten oval St. 4.25 bis 7.25
Bratenplatten oval, gross St. 10.95
Beilagschalen Stück 2.95

Salz- u. Pfeffernapfe . Stück 2.25
Kaffeekannen . Stück 3.75 4.95
Milchtöpfe Stück 1.45 2.95
Zuckerdosen Stück 2.95
Teekannen Stück 4.95 5.95
Geleedosen Stück 2.95

Butterdosen Stück 3.95
Tassen dünn Paar 1.65
Kuchenteller Stück 3.95
Eierbecher ohne Teller Stück 60 Pl.
Eierbecher mit Teller . Stück 75 Pl.
Obstschalen auf Fuß . . Stück 5.95

Komplette Tafelgeschirre

30 Teile für 6 Personen 72.30
60 Teile für 12 Personen 138.30
74 Teile für 12 Personen 168.50

Feines Porzellan Decor „Alt-Bayern“

Kaffeegeschirr 9 Teile für 6 Personen 24.50

Komplette Kaffeegeschirre

5 Teile für 2 Personen 10.45
9 Teile für 6 Personen 20.75
16 Teile für 12 Personen 35.60

Direktion Max Reichardt. Deutsches Theater

1 Uhr: Hamlet. Kammerpiele. 7 1/2 Uhr: Der Brute. Kleines Schauspielhaus

Volkshöhne Theater am Bölowplatz. 7 1/2 Uhr: Komödie der Liebe.

Lewising-Theater. Direktor: Viktor Baranowsky. 7 1/2 Uhr: Der Marquis von Keith.

Deutsches Kammerspielhaus. 7 Uhr: Zum 1. Male: Nachtbesuchung.

Drei Groschen v. Kurt Götz. Hiermit: Aufzeichnung. Von Felix Salten.

Dir. C. Meinhard - E. Barnauer. Theater d. Königgrätzerstr.

7 1/2 Uhr: Rosmersholm. Komödienhaus

7 1/2 Uhr: Die tanzende Nymphe. Berliner Theater

7 1/2 Uhr: Tolle Komödie. Casino-Theater.

Zeitlinger Str. 87. Tägl. 7 1/2 u. 8 Uhr. Nur noch bis 11. November

Wenn leicht und wieder! Tägl. 12. Res. zum 1. Male: Die goldene Schale.

Sonn. 8 1/2: Ein fideles Mohn. Theater der Friedrichstadt.

Reise Friedrich- u. Linsensstr. 7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 8550.

Kaiserplatz 3, 1 Tr. v. Müllender H. Georg L. Helms.

Sonnabend u. Sonntag 3 1/2: Hansel u. Gretel im Zauberwald.

WINNER-GARTEN November-Spielplan!

Henry Bender Gisa Kolbe

Geschw. Birkneder Drahtsohlak

Onre und Partner Radfahrzeuge

Läpp und Häbel Exzentriks

Theater für Sonnabend, 2. November. Central-Theater

7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Deutsches Opernhaus

1 Uhr: Tannhäuser. Friedrich-Wilhelmstheater

7 1/2 Uhr: Hannerl. Kleines Theater

7 1/2 Uhr: Alt-Würzburg. Komische Oper

7 1/2 u. 8 Uhr: Schwarzwaldmadel. Morg. 3 1/2: Schwarzwaldmadel.

Luftspielhaus 7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater 7 Uhr: Die Faschingsfee

Morgen 8 Uhr: Wiener Blut. Neues Operettenhaus

7 1/2 Uhr: Das süße Madel. Mg. 8 1/2: Der Soldat der Marie.

Palast-Theater 7 1/2 Uhr: Der Stralauer Fischzug.

Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Lilli Grün.

Schiller-Th. Charl. 3 Uhr: Ein Volksfest.

7 1/2 Uhr: Das Konzert. Thalia-Theater

3 1/2: Reise ins Schlaraffenland. 7 1/2: Unter d. blühend. Linde.

Theater am Nollendorfplatz 3 1/2 Uhr: Der Herr Senator.

7 Uhr: Theater des Westens

3 1/2 Uhr: Aschenbrödel. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe

mit Guido Thielscher. Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: Graf Rabenichts. Morg. 8 1/2: Frühlingstakt.

NATIONAL-THEATER Opern- u. Schauspielhaus. Der große Operetten-Erfolg! Prinzenliebe.

ORIENT an Strausberger Platz. das größte und schönste Konzert-Café-Kabarett in Berlin O

Apollo Friedrichstr. 218. Die Welt geht unter! Große Varieté-Ausstattungschau

Büsch Tägl. 7 1/2. Neue Nummer-Nummern! Ein neues Circus-Programm

Trianon-Theater 8 Hf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2891. Hängel und Gretel.

Rose-Theater. 8 1/2 Uhr: Rothkäppchen. 7 1/2 Uhr: Gessap. d. Friedrich.

Ferdinand Laffalle Des Volkstribunen Glück und Ende - Ein Kampf um Liebe, Vaterland und Freiheit

Kabarett Tivoli Bunte Vorträge. Spielfolge vom 1.-15. November: Carla Brand, Ariur Zuhle, Harry Sänger.

Die weißen Blätter EINE MONATSSCHRIFT herausgeg. von René Schickels

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke. Reichshallen-Theater. Altdeutsch 7 1/2 Uhr

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Wer ist die Schönste? Sajdnab.

Möbel-Gross im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141. Im Norden: Invalidenstr. 5.

Heinzelmännchen-Kochkiste D.R.P. kocht-bratet-backt

Allererstes Spezialgeschäft für billige Uhren! Hell leuchtende Armee-Ankeruhren 15 M.

Foxtrott-Quartett

Verordnung zur Regelung des Verkaufs bedarfsberechtigter Schuhwaren im Kleinhandel.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Prüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September / 4. November 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 607/723) und der dazu ergangenen Abänderungs-Ausführungsbestimmungen sowie auf Grund der Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung über die Regelung des Verkaufs von Schuhwerk im Kleinhandel vom 8. Juni 1918 wird mit Zustimmung der Reichsstelle für Schuhversorgung und mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde für die Stadt Berlin folgendes angeordnet:

- Der Verkaufsregelung unterliegen sämtliche neuen bedarfsberechtigten Schuhwaren, d. h. Schuhwerk, dessen Sohle mindestens im Ganzen oder in der Vorderhälfte ganz aus Leder besteht, auch wenn die Sohle mit Sohlensohlen oder mit Halbsohlen aus Ersatzstoffen (z. B. aus Holz) bevedert ist.
- Die Abgabe des im § 1 bezeichneten Schuhwerks an den Verbraucher ist nur zulässig nach vorausgegangenem Bestellen auf Grund eines nach den Bestimmungen der Reichsstelle für Schuhversorgung gültigen schriftlichen Schuhbedarfscheines.
- Die Bestellungen fertigen Schuhwerks erfolgen schriftlich unter Vorlegung eines gültigen Schuhbedarfscheines mit genauer Angabe der Art und Größe der gewünschten Schuhe in einem Berliner Schuhwarengeschäft.
- Die Bestellung von Maßschuhwerk geschieht persönlich bei einem Berliner Maßschuhmacher. Bei der Bestellung ist außer der Angabe des Schuhbedarfscheines der in § 8 geforderte Ausweis über die Person vorzulegen.
- Die Bestellungen fertigen Schuhwerks sind erst zulässig, nachdem die seit dem Inkrafttreten dieser Verordnung in bestimmten Zeitabständen ausgestellten Schuhbedarfscheine zu diesem Zwecke durch den Magistrat jedesmal aufgerufen sind.
- Auf Grund der vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung bereits ausgestellten und noch gültigen Schuhbedarfscheine können die Bestellungen, soweit die Scheine in den Monaten April und Mai 1918 aufgestellt sind, vom 4. November 1918 ab, soweit sie in den Monaten Juni und Juli 1918 aufgestellt sind, vom 15. November 1918 ab, soweit sie in der Zeit vom 1. August 1918 bis zum Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung aufgestellt sind, vom 2. Dezember 1918 ab erfolgen.
- Die Schuhwarenhändler und die Schuhmacher haben die Bestellung in der Reihenfolge des Eingangs in eine doppelt zu führende Bestellliste (Zurufkarte) einzutragen. Gemischte Bestellungen, d. h. Bestellungen, die sowohl fertige Ware handeln, als auch Maßarbeit betreffen, haben zwei getrennte Bestelllisten je mit Durchschrift zu führen.
- Für die Bestellliste sind Vordrucke mit folgendem Inhalt zu verwenden:
 - Laufende Nummer,
 - Tag des Eingangs der Bestellung,
 - Vor- und Nachname, Wohnung des Bestellers,
 - Art und Größe der gewünschten Schuhwerke,
 - Tag der Benachrichtigung,
 - Tag der Abholung des Schuhwerks,
 - Tag der Ausfertigung des Schuhbedarfscheines,

- Bezeichnung der Artstelle, die den Schuhbedarfschein erteilt hat,
- Bemerkungen.
- Auf der Rückseite des in den Händen des Händlers oder Schuhmachers verbleibenden Schuhbedarfscheines ist die erfolgte Bestellung durch Aufdruck des Firmenstempels und der Bezeichnung des Tages des Eingangs zu bezeichnen. Gleichzeitig hat der Schuhwarenhändler bzw. der Schuhmacher dem Besteller Mitteilung vom Eingang der Bestellung unter Angabe der Nummer der Bestellliste zu machen. Die Schuhbedarfscheine haben für das betreffende Geschäft ober dasjenige, dem der Besteller im Wege des Ausweises (§ 11) überwiesen wird, zeitlich unbedingte Gültigkeit.
- Das zweite Exemplar der Bestellliste der vergangenen Woche ist jeden Montag dem Magistrat (Verteilungsstelle) einzureichen.
- Die Schuhwarenhändler haben außerdem nach erstmaliger Bestandsaufnahme, deren Zeitpunkt durch besondere Bekanntmachung festgesetzt werden wird, den jedesmaligen Eingang des in § 1 genannten Schuhwerks in der vergangenen Woche und den Bestand des nicht abgehobenen Schuhwerks nach einem dem Magistrat (Verteilungsstelle) erhältlichen Vordruck jeden Montag anzuzeigen.
- Sobald der Schuhwarenhändler Schuhwerk der in § 1 genannten Art erhalten hat, hat er schriftlich so viele Besteller in der Reihenfolge der Eintragungen zu benachrichtigen, als aus der Sendung unter Berücksichtigung der verlangten Art und Größe beliefert werden können.
- Gegen Vorgehung der Benachrichtigungskarte und eines an den Inhaber des Schuhbedarfscheines lautenden Ausweises ist innerhalb einer Frist von einer Woche, die vom Tage der Abholung der Benachrichtigungskarte an gerechnet wird, das bestellte Schuhwerk in dem Schuhgeschäft abzuholen.
- Der Schuhwarenhändler hat die Vorgehung des Ausweises zu verlangen und zu prüfen, ob der Ausweisinhaber mit dem auf Grund des Schuhbedarfscheines zum Bezuge Berechtigten übereinstimmt. Zum Ausweise über die Person dienen die auf Grund des Personenstandsgesetzes vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzblatt Seite 21) von dem Standesbeamten ausgestellten Personenstandsurkunden (Geburts-Ehe-Scheidungsurkunde), an deren Stelle für die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes geborenen Personen, die von Pfarrämtern ausgestellten Taufscheine und Trauscheine treten, ferner Militärpässe, Reisenausweise, Heimatscheine, Steuerquittungen, Dienstbücher, Meldebüchlein der Hilfsdienstpflichtigen, Unterhaltungsbogen der Kriegerehren und Invalidenarten.
- Wer nicht für den eigenen Bedarf Schuhwaren in Empfang nimmt, hat einen schriftlichen Auftrag des auf Grund des Schuhbedarfscheines zum Bezuge der Schuhwaren Berechtigten und einen Ausweis über dessen Person vorzulegen. Die Abgabe des Schuhwerks darf nur nach Prüfung des Auftragschreibens und des Ausweises erfolgen. Der Haushaltungsvorstand kann auf Grund eines für ein Familienmitglied ausgestellten Schuhbedarfscheines Schuhwaren für dieses ohne Vorlegung einer Vollmacht in Empfang nehmen, wenn er als Antragsteller im Schuhbedarfscheine verzeichnet ist.
- Der Schuhwarenhändler hat die Abgabe des Schuhwerks zu verweigern, wenn der Käufer sich nicht über seine Person

- ausweist (Abs. 3) oder der beigebrachte Ausweis verdächtig erscheint. In letzterem Falle ist unter gleichzeitiger Einbindung des Schuhbedarfscheines dem Magistrat, Verteilungsstelle, unverzüglich von dem Schuhwarenhändler Mitteilung zu machen.
- Die Bestellungen von Maßschuhwerk sind nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe in der Reihenfolge der Eintragung auszuführen. Der Besteller ist von der Fertigstellung des Schuhwerks schriftlich zu benachrichtigen. Er kann das Schuhwerk gegen Abgabe der Benachrichtigungskarte in Empfang nehmen.
- Die Schuhwarenhändler und die in § 3 Absatz 2 genannten Schuhmacher dürfen die Schuhbedarfscheine erst bei der Abgabe der bestellten Waren an die Besteller ausgeben. Leht der Besteller fertigen Schuhwerks die Abnahme ab, obwohl ihm solches in der gewünschten Art und Größe angeboten wird, so ist die Eintragung in der Bestellliste zu streichen und der Schuhbedarfschein mit einem entsprechenden Vermerk über die Streichung zurückzugeben. Das Gleiche gilt für die Besteller, die ihr Schuhwerk nicht innerhalb der gestellten Frist abgeholt haben. Diese sind schriftlich von der Streichung zu verständigen und zur Abholung ihres Bedarfscheines aufzufordern.
- Ueber die erfolgte Benachrichtigung und Aushändigung des Schuhwerks oder die Zurücknahme und Streichung der Bestellung sind in Spalte 7 der Bestellliste die entsprechenden Eintragungen zu machen.
- Der Magistrat wird unter Zugiehung von Vertretern der beteiligten Berufskreise eine Ausschussstelle schaffen, die nach Maßgabe der Eintragungen in die Bestellliste, der vorhandenen Bestände und zu erwartenden Wareneingänge nach besonderen Anweisungen einen Ausweis innerhalb der einzelnen Schuhwarengeschäfte herbeiführt.
- Die Schuhwarenhändler und Schuhmacher haben die gestellten Bestellen sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen des Magistrats zur Verfügung zu stellen. Sie sind verpflichtet, den Benachrichtigten des Magistrats jederzeit Eintritt in die Geschäftsräume und Lagerräume, sowie in die einzelnen Räume, in denen Schuhwaren vermutet werden, ferner Einsicht in die Bestellliste, in die Sammlung der abgefertigten Schuhbedarfscheine, sowie in ihre Geschäftsbücher (Rechnungen, Kassenbücher usw.) zu gewähren. Die Geschäftsinhaber und ihre Angestellten haben alle Auskünfte zu erteilen, welche zur Durchführung dieser Verordnung erforderlich sind.
- Der Magistrat ist berechtigt, in einzelnen Fällen Maßnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zu gestatten, soweit diese sich nicht in Widerspruch mit allgemeinen Bestimmungen der Reichsstelle für Schuhversorgung setzen.
- Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft, soweit nach anderen Bestimmungen eine höhere Strafe nicht verurteilt ist.
- Diese Verordnung tritt am 4. November 1918 in Kraft.

Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt. Wermuth.

Ausführungsbestimmungen.

Auf Grund der Verordnung zur Regelung des Verkaufs bedarfsberechtigter Schuhwaren im Kleinhandel vom 20. September 1918 wird folgendes bestimmt:

- Bei der Bestellung fertigen Schuhwerks ist ein Vordruck zu verwenden, der von dem Magistrat zur Verfügung gestellt wird und bei den Schuhbedarfscheinen und Schuhwarenhändlern unentgeltlich erhältlich ist.
- Der Vordruck ist unter Beachtung der auf demselben befindlichen Erläuterungen genau auszufüllen und zugleich mit dem Schuhbedarfscheine bei dem Schuhwarenhändler abzugeben oder durch die Post — unvollständig eingeschrieben — zu übersenden.
- Die Schuhwarenhändler haben die eingegangenen Bestellpettel (Kassenscheine) nach Eintragung in die Bestellliste mit den auf dem Vordruck ersichtlichen Bemerkungen (Datum des Ein-

gangs und Nummer der Bestellliste) zu versehen und sie, nach Gemeinden und Bezugsstellen geordnet, dem Magistrat (Verteilungsstelle) spätestens an jedem Montag zur Nachprüfung einzureichen.

- Die Auslieferung des bestellten Schuhwerks gemäß § 7 der Verordnung vom 20. September 1918 darf erst erfolgen, nachdem die Bestellliste mit einem Stempel der zuständigen Ausfertigungsstelle oder des Magistrats zum Zeichen der Echtheit des Schuhbedarfscheines versehen, dem Schuhwarenhändler wieder zugegangen sind.
- In Fällen unvorhergesehenen dringenden Bedarfs, der im einzelnen zu begründen und nachzuweisen ist, ist der Schuhbedarfschein nebst dem ausgefüllten Bestellpettel an den Magistrat (Verteilungsstelle) einzureichen.

Trifft ein solcher Fall erst ein, nachdem der Besteller bereits in die Reihenfolge eines Schuhwarenhändlers eingetragen ist, so hat der Besteller die ihm gemäß § 4 der Verordnung von dem Schuhwarenhändler zu erstellende Nachricht von der erfolgten Eintragung mit dem in Absatz 1 erforderlichen Ausweis dem Magistrat (Verteilungsstelle) einzureichen.

- Die Schuhwarenhändler sind verpflichtet, Besteller gegen Vorgehung einer von dem Magistrat (Verteilungsstelle) gemäß § 4 ausgestellten Dringlichkeitsberechtigung zu beliefern, sobald Schuhwerk der gewünschten Art und Größe vorhanden ist, ohne Rücksicht darauf, ob die Besteller überhaupt oder in welcher Reihenfolge sie in die Bestellliste eingetragen sind.
- Die Bestellisten müssen mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein und dem nachfolgenden Muster entsprechen:

No. Nr.	Tag des Eingangs der Bestellung	Des Bestellers		Des gewünschten Schuhwerks		Tag der Benachrichtigung		Der Schuhbedarfschein ist erteilt am	von welcher Bezugsstelle	Bemerkungen
		Vor- und Nachname	Wohnung	Art	Größe	Benachrichtigung	Abholung			
		(Wie auf dem Schuhbedarfscheine angegeben)								

Der für die nach § 4 vom 20. September 1918 ersichtlichen Rechnungen vorgeschriebene Vordruck ist in allen Spalten deutlich auszufüllen, mit dem Namen oder der Firma des Schuhwarenhändlers zu unterzeichnen und dem Magistrat (Verteilungsstelle) einzureichen.

Die Meldung hat auch dann zu erfolgen, wenn in der Rechnung keine Bemerkungen in dem Vordruck eingetragen sind.

Schuhwarenhändler, die Zweiggeschäfte unterhalten, haben die Rechnungen für jedes Zweiggeschäft gesondert zu erstellen. Weiterhin haben sie in einer besonderen Aufstellung den jedesmaligen Eingang des für sämtliche Zweiggeschäfte bestimmten Schuhwerks in einem Gesamtbetrag (Anzahl der Paare) anzugeben.

Der Magistrat (Ausfertigungsstelle) ist berechtigt, Besteller, die

in die Bestellliste eines Schuhwarenhändlers eingetragen sind, einem anderen Schuhwarenhändler zu überwiesen.

Die Schuhwarenhändler sind verpflichtet, die ihnen von dem Magistrat gemäß § 8 überwiesenen Besteller in die Bestellliste nach näherer Anweisung einzutragen und den Besteller von der erfolgten Eintragung unter Angabe der Nummer der Bestellliste Mitteilung zu machen.

Die von den Bestellern im Falle des § 9 der Verordnung vom 20. September 1918 innerhalb eines Monats nach Auforderung nicht abgehobenen Schuhbedarfscheine sind vom Schuhwarenhändler an den Magistrat (Verteilungsstelle) abzugeben.

Die Schuhwarenhändler sind berechtigt, als Ersatz für die entfallenden Vorkaufsalagen einen Zuschlag von 0,50 M. zu

dem aufgeschwemmten Kleinverkaufspreis für jedes Paar Schuhe zu fordern.

Die nach dem Inkrafttreten der Verordnung vom 20. September 1918 ausgestellten Schuhbedarfscheine werden jedesmal durch besondere Bekanntmachungen zur Eintragung in die Reichsstelle aufgerufen werden.

Die Schuhwarenhändler haben einen Abdruck dieser Bestimmungen in ihren Geschäftsräumen deutlich sichtbar anzuhängen.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft, wer den Bestimmungen der §§ 2, 3, 5, 6, 7, 9 und 10 zuwiderhandelt.

Diese Bestimmungen treten am 4. November 1918 in Kraft.

Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt. Dr. Reide.

Bekanntmachung.

Vorstehende Verordnung nebst Ausführungsbestimmungen werden hiermit veröffentlicht mit dem Bemerken, daß die Schuhwarenhändler die im § 6 der Verordnung vorgeschriebene Bekanntmachung nach dem Bestände vom 4. November 1918 dem Magistrat (Verteilungsstelle), Stralauerstr. 35, III 1., bis zum 6. November d. J. einzureichen haben.

Die erstmalige Lieferung der Formulare für Schuh-

warenbestandsaufnahme und Bestellen geschieht durch den Magistrat, sie können bei der für den Geschäftsbetrieb zuständigen Bezugsstelle in Empfang genommen werden. Weitere Formulare können im freien Handel bei den Firmen: System Büchsenfabrik (Karl Wiegand), Dresden, Str. 14/15, und Carl W. F. Galsmann, Samariterstr. 4, bezogen werden.

Magistrat. Der Kommissar der Verteilungsstelle. Maas.

Sage allen denen, die meine Tochter Margarete tömnen vor acht Wochen verstorbenen Gatten bei der Beerdigung die letzte Ehre zu leisten haben, meinen aufrichtigsten Dank. Maria Friedrich nebst Kindern. Geddenauer 2.

Spezialarzt
Dr. med. Laubs
Beh. innerl., gynäk., mögl. schmerzlos u. ohne Verwundung. Geschlechtskrankheiten, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten. Sprechst. 10-12, 1-3, Sonntag 10-11.

Spezialarzt
Dr. med. Haacke
Friedrichstr. 90
Beh. innerl., gynäk., mögl. schmerzlos u. ohne Verwundung. Geschlechtskrankheiten, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten. Sprechst. 10-12, 1-3, Sonntag 10-11.

Spezialarzt
Dr. med. Wackenfuß
Friedrichstr. 109
Beh. innerl., gynäk., mögl. schmerzlos u. ohne Verwundung. Geschlechtskrankheiten, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten. Sprechst. 10-12, 1-3, Sonntag 10-11.

Spezialarzt
Dr. med. Wiedelcke
Haupt-Horn-, Geschlechts-, Blausucht, Friederichstr. 127-128 (a. d. Hohenzollern-Unterweg) 11-12, 7, 8, 11-12.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
Friedrich-Str. 81/82, an der Dorotheenstr. Haupt-Horn-, Geschlechts-, Frauenleiden, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten. Sprechst. 10-12, 1-3, Sonntag 10-11. Tel. Zentrum 8779, 1731.

Spezialarzt
Dr. med. Köcher für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten, Sockel-, Gynäkologische Krankheiten. Sprechst. 10-12, 1-3, Sonntag 10-11. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Spezialarzt, Gynäkologe.

PELZE!
Günstigste Bezugsquelle aller Art Pelzwaren. Exakte Skontogarnitur H. 1915. Große Auswahl! J. Knoblauch, Köpenick, Berlin.

Vermitler
erhalten 190/17
hohe Provision bei Zuweisung von Aufträgen auf Holz und Torf für Zentralheizungen. Offerte unter Ch. N. 2117.

Wagner
Wagner, Wilmersdorf, Berlin. Sprechst. 10-12, 1-3, Sonntag 10-11.

Der Bäckereibund
Der Weg zum Weltfrieden von W. Erzberger Staatssekretär im Reich. Die Erzbergerischen Ausführungen bedürfen sich mit dem neu. Republikanismus. (Nach dem Reichsanzeiger vom 5. Oktober 1918.) Zum Preise von 3 M. zu haben in jeder guten Buchhandl. oder beim Verleger von Reinhard Döpping, Berlin, S. 361.

Beistellen, Tisch, Stühle, Kleiderkasten, Nachtschub, Sofa, Küchenschrank, gebraucht, verkauft Wenzel, Alte Schönhauserstraße 30. 168*

Flur-Kleiderkasten, eisernes Bettstello mit Matratze und Federkissen zu verkaufen. Beschäftigung von 12-7. Eisenbahn, Zulpoldstr. 24, I. 2744b

Musikinstrumente

Pianinos, ganz besonders günstige Gelegenheiten, 900,00 anwärts, Schwedischpianos, Besesspianos, Doppelpianos, Pianobasspianos, Besesspianos, Flügel, Klavierflügel, Drehflügel, Tremoloflügel, Schreierflügel, Gebrauchsflügel, Schreier, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 261/18*

Manos, gute, gebrauchte Friedenspianos in großer Auswahl. Pianobau Max Beder, Andreasstraße 47. 27255*

FRAGEN

Friedenspreis Friedensstrome, Danderts gebrauchter Fahrstuhl aller Gattungen, sowie Rennmaschinen, Segelboote, auch Erlebkörnung. 50, 60, 70, Fahrstuhl, Weberstraße 42. 262*

Kaufgesuche

Fluss- und Jelliedabfälle alle Waschmaschinen, Schallplatten, Hartgummi usw. (Flaschen nur bei Lieferung ins Haus) kauft zu höchsten Preisen Maschinen, Berlin, Mite Leipzigerstraße 21. 1759*

Flussabfälle, der Gramm bis 7,50 Kart, Ketten, Ringe, Befehle, Uhren, Tafelauflage, Treppen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpf, alte Jagdbüchse, feibeteriaures Silber, deren Rückstände und Gefäße, Film- und Schilppattabfälle usw. kauft Maxim- und Silberbeschmelzer Groß Berlin, Köpenickerstraße 22, Telefon: Moritzplatz 2476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Geschäftzeit von 9-1 und 3-6 Uhr. 171*

Flussabfälle Gramm bis 7,50! Jagdbüchse! Ketten! Ringe! Militärreservat! Gürtel! Krumpfsche! Flussabfälle! Beschilpend, Schmelzer, Metall-Hausaufbau, Weberstr. 31, Telefon Alexander 4243. 261*

Fahrräder, Deben, kauft Schwanitz, Sinnenstraße 19. 1258*

Rade, Kleinteile und andere Materialien kaufen jeden Tag gegen Bargzahlung Deutsche Lack- und Farben-Industrie, Oranienstraße 8. (Kollender 2372.)

Wertpapiere, Briefscheine, Hypotheken, Sparbücher, Erbschaften, Lebensversicherungen kauft beilich vorpsefret. (Erfolgreiche Geldauszahlung.) Deutsche Kreditkass., Sinnenstr. 54 (Moritzplatz). 12*

Werkzeuge, elektrische Motorrollen, Apparate, Motore bis 1,5 P.S. und dergleichen kauft Rüdiger Elektromechanik-Centrum, Berlin C. 25, Kurze Straße 18 (Alexanderplatz). Telefon: Alexander 4782. 1349*

Werkzeuge, Warenbestände kauft Köhner, Sinnenstr. 12. 2796*

Wort, Waage, Kleinteile, Zerpentimeter, künstliche Leder, Emaille- und ähnliche kauft händig, höchste Preise zahlend, Weiler, Dörferstraße 6. 1918*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Siewert, Charlottenburg, Stutigartenplatz 9, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Dauerwäsche reinigt, verleinert und repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 782*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Bürkenmacher, Weber, Fingier und Jurischer kauft Köhn, Kommandantenstr. 20/21. 1922*
Gaudreinigung, 10 Aufgänge, Pichenberg, Herzbergstr. 127, Matthe. +161*
Fahrradkäufer kauft ge sucht. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-Str. 1/2. Meldungen beim Maschinenmeister.
Kräftige Arbeiter und Frauen für Reparatur suchen Carl Schüge Koch, Berlin-Strohal, Bahndammstraße 24/25. 162*
Schleifer kauft ge sucht ein Paul Marcus, Schöneberg, Kommandantenstraße 35. 136/15
Frauen zum Besetzen der Nähmaschinen sucht Wirtschaftsgenossenschaft, Meldung früh 6 Uhr mit den Devisen Wittenstraße 45, Greifswalderstr. 22 und Verlängerung Wollstraße, an der Holzbohlenstraße. 38015*

Ausrunder und Maschinenmeister kauft Schreuderer, Moser, Potsdamerstraße 110. 296/17

Tischler kauft ge sucht ein Paul Marcus, Schöneberg, Kommandantenstraße 35. 136/15
Transport-Arbeiterinnen kauft ge sucht ein Paul Marcus, Schöneberg, Kommandantenstr. 35. 136/15
Fahrradkäuferinnen kauft ge sucht. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-Str. 1/2. Meldungen beim Maschinenmeister.
Frauen zum Besetzen der Nähmaschinen sucht Wirtschaftsgenossenschaft, Meldung früh 6 Uhr mit den Devisen Wittenstraße 45, Greifswalderstr. 22 und Verlängerung Wollstraße, an der Holzbohlenstraße. 38015*

Tüchtige Hartgummidreher
(ebenfalls Kriegsinvalide)
perfekt im Gewindefach, per sofort für dauernde Arbeit gesucht.
Offerten mit Lohnansprüchen erbeten an
Novo Export Company, G. m. b. H.,
München, Hofmannstr. 39. 1D

Hammerführer für Dampfhammer, Schmiede und Schirrmeister
gesucht von
Brass & Hertelot,
Berlin-Marionfelde. 21L*

Kutscher
kauft sofort ein
G. H. Speck, Lützowstr. 2. 2272*

Tüchtige Autogen-Schweißerin für dünne Bleche
verlangen sofort
Ehrich & Graetz, Berlin SO.,
Eisenstraße 90/92. Tel. 77. 1026*

Fahrschulmonteure,
tüchtige, verlangt 3012*
Armin Tenner, Berlin C. 112,
Waldweg 9, Kollenderstrasse
1 herrschaftl. Kutscher,
miter Pferdewagen und Kutschwagen.
124/9
ein Dachdecker,
der auch abdichten kann, sowie mehrere Holzarbeiter
zum möglichst baldigen Eintritt gesucht von Schultheiß, Brauerstr. 117.
Heizer
für Niederdruckkessel, Dampf- und Warmwassererzeugung zu sofortigen Eintritt gesucht. J. D. Riedel, H. O., Berlin-Dirk. 1082*

Arbeiter 1730
verlangt Klagenfurt Otto Heibel, Wittenbergstr. 4.
Lehrling mit guter Schulbildung der (einst) in der Bruno Gatz, Berlin-Kalauer, Heidenstraße 3. 126/15
Kontor- u. Pferdewagen per sofort (u. d.) Bruno Gatz, Kalauer, Heidenstraße 3. 126/14
Zuschneider
auf Wollstoffen suchen Mack & Mey, Wallstr. 17, 1. D.
Lithograph
für Holzschnitt, Steche und Zerkleinerung
Follerbaum u. Schuchel, Reinickendorfer Str. 24.
Arbeiter gesucht, der auch Eisenarbeiten ausführen kann. Wittenbergstr. 4. Bruno, Köpplinger Str. 42.

Werkzeugmacher und Einrichter
1044L*
verlangt
Munitionsfabrik F. Gaebert,
Berlin C 24, Spillstraße 22-22a.

Setzer mit kaninmännischen Erfahrungen
kalkulationsfähig, mit Papierkenntnissen, findet Dauerstellung. Eintritt möglichst sofort. 1D
Selmar Bayer,
Berlin SO, Reichenberger Str. 79.

Mehrere tüchtige Nähmaschinen-Mechaniker
für Reparaturarbeiten sofort gesucht. Dauernde Stellung. Berechnungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an
H. C. Reimers, Maschinenfabrik,
Kiel, Klinker 7/9. 1D

Schlosser aller Art, Werkzeugschlosser, Maschinenschlosser, Bauschlosser, Kesselschmiede, Arbeiter
126/4* verlangt
C. Ade, Inh. Herm. Kade, Reinickendorf-Ost,
am Bahnhof Schönholz.

50 Werkstattschlosser
für leichte Eisenarbeiten (auch Kriegsbekleidungsstücke) kauft J. Degehard G. m. b. H., Berlin-Wittenau, Dittkestr. 47/48 (hinter Carl Bloch).

Tüchtige Schlosser, Spitzen-Dreher, Kopf-Bank-Dreher, Karussell-Dreher
werden gesucht. 206L*
Riebe Kugellager- u. Werkzeugfabrik, G. m. b. H.,
Berlin-Weißensee, Riebestr., Abt. Großmaschinenbau

Kartoffelbuddler
gegen Wirtnahme des auslitten Zeiners gesucht.
Zus ab Berlin: 4.38 Uhr Reiter Bahnhof, 0.22 Uhr Schief. Bahnh., zurück von Neumhausen: 6.45 Uhr.
Rittergut Neunhausen (Westhavalland),
an der Reiter Bahn. 2242*

Einige tüchtige Mieter
für Handlung von Motorleiten sofort verlangt. Mieter aus anderen Fabrikationszweigen werden ebenfalls eingestellt.
J. Hebllich Aktiengesellschaft,
C 54, Sophienstraße 21. 36026

Tüchtige Flächentischler
werden für meine Betriebe in Köpenick und Adlershof zu sofort gesucht. Meldungen in Köpenick, Grünauer Straße.
Herold-Flugzeugbau G. m. b. H.

Größere Anzahl Schmiede und Schirrmeister
auf Eisenarbeiten sofort und später verlangt.
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin N 20, Pankestraße 29, und
Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11.

Tüchtige Kassiererinnen
sofort gesucht. 126L*
Meldungen von 11-12 Uhr vormittags und von 6-7 Uhr nachmittags.
Kanthaus des Westens G. m. b. H.,
Berlin W 50
Tautenzienstr. 21/24.

Austrägerinnen für den „Vorwärts“
worden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Bärowaldstr. 42, Prinzenstr. 31, Markusew. 50, Petersburger Platz 4, Lauenburger Platz 14/15, Lindenstraße 3, Wilhelmshavener Straße 43, Greifshagenstr. 22, Bauhausstr. 7, Stolpmann, Westen, Blumenstraße 3, H. pt. Neukölln: Neckerstr. 2, Siegfriedstr. 28/29.
Schöneberg: Meiningen Straße 9.
Charlottenburg: Sessenheimer Str. 1.
Reinickendorf-O., Provinzialstr. 56 oder Kamekestr. 12 bei Gursch. Maidenszeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.
Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59.
Wilmerdorf: Wilhelmsee 27 bei Schuber.
Ober-Schöneweide: Paul, Mathil-denstraße 3.
Falkenberg: Salomann, Gartenstadtstr. 10, für Alt-Glienicke.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Treptow: Gramenz, Kieffolzstr. 412.

Tüchtiger Hobler
für Präzisionsarbeit gesucht.
G. Kärger A.-G.,
206/2* Straußstr. 22.
Klempner Carl F. Grosse, Hoffertstr. 14. 185/20*
Pensionierter Angestellter,
Feuerwehr, Post, Bahn, auch über 60 Jahre, findet angenehme Beschäftigung. Schriftliche Bewerbung mit Angabe der Höhe der Pension und der ehemaligen Beschäftigung. Offerten unter Ch. Z. 4574 an Rudolf Hoffe, Charlottenburg, Kantstr. 34.

Schuhmacher
auf Sohlen und Abfälle verlangen Gietz, Schollwerthstr., Andreasstr. 22.

Schlosser,
welche auch schweißen können (Wasserstoffgas) kauft
M. Pech G. m. b. H.,
W 26, am Karlsruh 15.

Schlosser- und Dreherlehrlinge,
Ehrene arbeiter kauft, heißt sofort ein Maschinenfabrik Carl Bogeler, Alt-Boxhagen 1, am Reiter Hauptbahnhof.

40-50 Arbeiter u. Arbeiterinnen
kauft sofort ein. Meldungen III L. D. Gemütsberiorung, Berliner Straße 76 II, Nummer 12.

Tüchtiger Beschlag- u. Reparaturmeister
für sofort gesucht.
D. Wöbel, Holzfabrik, Spandau.
Wiederneuerer Alter 6-11.

Tüchtiger Seher
sofort gesucht. Meldung 9-3. Vorlag für Herren- und Finanz-Direktor, Steglitzer Straße 11.

Schrauben-dreherinnen,
geübt, für Handschrauben-bau, kauft 712*
Frankonia,
Schraubenfabrik, Neufeld, Köpenicker Allee 178.
Selbständiges Dienstmädchen, das kochen kann, kauft Zimmermann, Friedenau, Wittenbergstr. 8. 130/2

Arbeiterinnen 1790
begn. Wollwaren kauft Otto Heibel, Wittenbergstr. 4. Meldungen 1. Dörgerstr. IV.

Complettierinnen
auf Wollwaren suchen Mack & Mey, Wallstr. 17, 1. D.
Einige tüchtige Arbeiterinnen werden noch eingestellt. Georg Karast, Sieglitz, Köpenickerstraße 45 H. Bemerkung von Verablässen und Doren.

Tüchtige Automobiliereparaturen-Schlosser
kauft sofort ein 1132*
Loeb-Werke Aktiengesellschaft, Berlin-Gobrischdauhausen.

Tüchtige Dreher, Horizontalbohrer und Hobler
werden sofort eingestellt. 1132*
Loeb-Werke Aktiengesellschaft, Charlottenburg,
Wittenbergstr. 7/23.

Schlosser
verlangen **Emil Heinicke A.-G., Mariendorf**
Großbeeren-Straße 18. 137/5

Straßenhändler
für den Verkauf des „Vorwärts“
für Berlin und Vororte verlangt
Hauptexpedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 3.

Tüchtige Automobilschlosser
sofort gesucht. 2787b*
Adlerwerke, Berlin,
Zimmerstraße 92-94.

Einrichter für Handschraubenbänke
kauft
Frankonia Schraubenfabrik,
Neufeld, Köpenicker Allee 178. 712*

Stahlformer
gesucht. 20
Flexilis-Werke G. Berlin-Wittenau,
Wittenstr. 47/48. 200L*

1 Revisor
für allgemeine Maschinenbau wird gesucht.
Riebe, Kugellager- u. Werkzeug-Fabrik,
G. m. b. H.,
Berlin-Weißensee, Riebestr. 22. Großmaschinenbau.

Tüchtige Dreher
für Spitzenbänke u. Kopfbanke werden sofort eingestellt. 205L*
Riebe Kugellager- u. Werkzeugfabrik,
G. m. b. H.,
Berlin-Weißensee, Riebestr., Abt. Großmaschinenbau

Klempner
auf Kühler und Behälter
1 Motorenschlosser
für Starkstromanlage
stellt sofort ein 242L*
Norddeutsche Kühlerfabrik,
Friedrichstr. 225.

Kräftigen Arbeiter und Arbeiterinnen
suchen zu sofortigem Eintritt 1002*
J. D. Riedel A.-G., Berlin-Dritz.

Lötnerinnen
stellt sofort ein 341L*
Norddeutsche Kühlerfabrik,
Friedrichstraße 225.